



Universität Tübingen,
Institut für Erziehungswissenschaft,
Abt. Sozialpädagogik
Prof. Dr. Barbara Stauber

**Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Förderprogramms
„Junge Menschen im öffentlichen Raum –
Prävention von riskantem Alkoholkonsum“**

Endbericht April 2020

Dr. Gabriele Stumpp

**Unterstützt durch
Ministerium für Soziales und Integration
des Landes Baden-Württemberg**

Kapitelübersicht

1	Einleitung: Kommunale Alkoholpolitik für junge Menschen im öffentlichen Raum- ein immer (noch) aktuelles Thema.....	1
2	Säule 1: „Coaching Plus“	3
2.1	Methodische Vorgehensweise der wissenschaftlichen Begleitung der geförderten Projekte	3
2.2	Befragung in den Kommunen	4
2.2.1	Perspektive der kommunalen Ansprechpartner	4
2.2.2	Perspektive der Coaches in den Kommunen.....	6
2.3	Projektentwicklungen in den beteiligten Kommunen	7
2.3.1	Mannheim: Projekt RisiK.O. 2.0	7
2.3.2	Pforzheim	9
2.3.3	Schwäbisch Gmünd: „Jugend im öffentlichen Raum“	11
2.3.4	Singen: Leitlinie Kommunale Alkoholpolitik.....	12
3	Säule 2: STARHILFE	14
3.1	Konkrete Umsetzung von STARHILFE	17
3.2	Methodische Vorgehensweise der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation	18
3.3	Befragung in den Kommunen	19
3.3.1	Ergebnisse aus Sicht der Koordinator*innen in den Kommunen	19
3.3.2	Ergebnisse aus Sicht der STARHILFE Referent*innen	23
4	Ausblick: Durchstarten auch ohne STARHILFE?	27
5	Anhang: Best Practice Handreichung auf der Basis der Ergebnisse des Förderprogramms 2013 bis 2019.....	29

1 Einleitung: Kommunale Alkoholpolitik für junge Menschen im öffentlichen Raum- ein immer (noch) aktuelles Thema

So gängig inzwischen der Alkoholkonsum von Gruppen junger Menschen in der Öffentlichkeit ist, so vertraut der Anblick trinkender Jugendlicher und der Plätze, die sie hinterlassen, und so bekannt die oftmals verbale Drastik der medialen Berichterstattung, so neu war das Phänomen noch bis vor einigen Jahren. Erste alarmierende Medienberichte zum jugendlichen „Komasaufen“ gab es ab etwa 2005 und die Suchtforschung wendete sich damals verstärkt dem jugendlichen Alkoholkonsum zu. In der Folge entstanden Initiativen wie z.B. das Präventionsprogramm „HaLT-Hart am Limit“. Gleichzeitig entstand in dieser Zeit eine Diskursumgebung, die sehr stark von Dramatisierung und Prohibition geprägt war. Inzwischen gibt es einige wissenschaftlich fundierte Studien, die sich mit dem Phänomen des gemeinsamen Alkoholkonsums von jungen Menschen, die sich in größeren Gruppen an öffentlichen Plätzen zum Trinken treffen, vertiefend auseinandersetzen.¹

Auch von Seiten der Politik wurde rasch auf diese problematische Entwicklung reagiert. So hat das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landes Baden-Württemberg das 2013 ins Leben gerufene Förderprogramm „Junge Menschen im öffentlichen Raum“ zunächst 2015/2016 fortgeführt. Daran anschließend wurde eine dritte Förderperiode 2018/2019 aufgelegt, die im vorliegenden Bericht dokumentiert ist. Damit ist es nun möglich, auf konkrete Erfahrungen und die herausgearbeiteten Best Practice Modelle aus über einem halben Jahrzehnt kontinuierlicher Förderung von Präventionsmaßnahmen zurückzugreifen und der fachlichen und politischen Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen ist deutlich geworden, dass die hier erprobten Maßnahmen „greifen“ und einen nachhaltigen Effekt in den Kommunen haben. Dies zeigt sich nicht nur daran, dass die Problematik in der medialen Berichterstattung nicht mehr denselben Stellenwert einnimmt wie noch vor einigen Jahren. Öffentlichkeit, politisch Verantwortliche sowie relevante kommunale Akteure und Gewerbetreibende in den Kommunen sind mittlerweile sensibilisiert für das Thema. Gleichzeitig ist der Alkoholkonsum generell, vor allem unter den jüngeren jungen Menschen, in den letzten Jahren immer weiter rückläufig. Die Studienergebnisse von 2019 zeigen, dass aktuell 8,7 Prozent der Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren regelmäßig, also mindestens einmal wöchentlich, Alkohol konsumieren. Das ist ein historisch niedriger Stand. Im Jahr 2004 lag in dieser Altersgruppe dieser Wert noch bei 21,2 Prozent. Unter jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren gaben 33,4 Prozent an, regelmäßig Alkohol zu trinken. Dies ist ein seit dem Jahr 2014 gleichbleibender Wert.

¹ Litau, J., Stauber, B., Stumpp, G.; Walter, S., Wissmann, C. 2015: Jugendkultureller Alkoholkonsum. Riskante Praktiken in riskanten biografischen Übergängen. Springer Fachmedien Wiesbaden

Ausgehend vom Jahr 2004 mit 43,6 Prozent ist eine langfristig rückläufige Entwicklung zu beobachten².

Diese bundesweite Tendenz schlägt sich somit auch in Baden-Württemberg nieder, wo mit den hier benannten Förderprogrammen und ihren Ergebnissen ein wesentlicher Beitrag zu dieser positiven Tendenz geleistet wurde.

Trotz dieser Entwicklung haben sich veränderte Konsumpraktiken – wie etwa das Trinken im öffentlichen Raum – etabliert, und so hat sich die Debatte rund um den Konsums an öffentlichen Plätzen trotz des zahlenmäßigen Rückgangs nicht erledigt, sondern ist und bleibt für viele Kommunen ein aktuelles und schwieriges Thema geblieben. Der vorliegende Bericht sowie die Berichte über die beiden vorherigen Förderperioden können deshalb für Kommunen, die sich mit der Problematik von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum konfrontiert sehen, eine wichtige Hilfestellung bei der eigenen Umsetzung eines kommunalen Gesamtkonzepts sowie für die Entwicklung geeigneter Maßnahmen darstellen. Denn die „neueren Ergebnisse der Suchtforschung beziehen sich auf das Handlungsfeld Kommune und belegen, dass der seit einiger Zeit eingeschlagene Weg, in der Suchtpräventionspraxis lokale Konzepte zu entwickeln, nachweislich eine Wirkung erzielen kann. Die Erfahrung, dass mit gezielter Alkoholprävention Effekte auf das Konsumverhalten erzielt werden können – das heißt, dass sich der Konsum nachweislich reduzieren oder verzögern lässt, möglicherweise auch verhindert werden kann – macht Mut, die Arbeit vor Ort breiter anzugehen. Um die Effekte noch zu erhöhen, gilt es, häufiger als bisher verhaltensorientierte mit verhältnisorientierten Maßnahmen im Sinne eines „Policymix“ zu verknüpfen.“³

² https://www.drogenbeauftragte.de/presse/pressekontakt-und-mitteilungen/2019*ii-quartal/ruecklaeufiger-alkoholkonsum-bei-jugendlichen-leichte-anstiege-bei-jungen-erwachsenen-neue-studiendaten-der-bundeszentrale-fuer-gesundheitliche-aufklaerung.html?L=0

³ Peter Lang, BzGA, Grußwort: Professionalisierung kommunaler Alkoholpolitik- Was kann eine lokale Alkoholpolitik leisten? Dokumentation der Tagung vom 27.11.2014; Hrsg. Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS) https://www.google.de/search?q=halt+projekt+alkohol+%C3%B6ffentlicher+raum&ie=utf-8&oe=utf-8&client=firefox-b&gfe_rd=cr&dcr=0&ei=JQ5nWoj8E4Lb8Afl9pq4Dw

2 Säule 1: „Coaching Plus“

Für Säule 1 des Förderprogramms „Junge Menschen im öffentlichen Raum – Prävention von riskantem Alkoholkonsum“ konnten sich solche Kommunen bewerben, die bereits in den vergangenen Förderperioden beteiligt gewesen waren, indem sie entweder kommunale Modellprojekte entwickelten oder die Unterstützung durch STARTHILFE mit einer konkreten Projektumsetzung in Anspruch genommen hatten. Mit der aktuellen Förderung sollte (1) die Entwicklung des kommunalen Gesamtkonzepts weiter vertieft bzw. abgeschlossen werden und zwar indem (2) ein Projekt bzw. eine spezielle Maßnahme weiterentwickelt, innovativ fortgeführt oder effektiv modifiziert wurde. Dieser Prozess wurde durch drei Fach-Workshops („Coaching Plus“) begleitet.

Eine zentrale Koordinierungsstelle beim Diakonischen Werk Württemberg unterstützte als eigenständiges Projekt im Rahmen des Förderprogramms die Abwicklung von Säule 1 durch Beratung bei der Projektbewerbung, Vermittlung und Koordination der Workshop- Teams, Dokumentation und Koordination der Projektstandorte sowie durch Abwicklung der Kostenstelle Workshop-Teams.

In der aktuellen Förderperiode waren insgesamt 4 Kommunen beteiligt: Mannheim, Pforzheim, Schwäbisch Gmünd und Singen.

2.1 Methodische Vorgehensweise der wissenschaftlichen Begleitung der geförderten Projekte

Ziel der wissenschaftlichen Begleitung war es, die konkreten Umsetzungsprozesse der jeweiligen Projekte bzw. Maßnahmen in den beteiligten Kommunen nachzuvollziehen und zu beschreiben. Der Fokus lag diesmal konkret auf der Frage nach der „Vorgeschichte“ der aktuell umgesetzten Maßnahmen, also in welcher Weise sich durch die aktuelle, weitere Förderung ein konkreter Mehrwert für die Alkoholprävention in der Kommune zeigt. Zudem interessierte auch, inwiefern sich durch Förderung über einen längeren Zeitraum konkrete Nachhaltigkeitseffekte ergeben haben.

Die wissenschaftliche Begleitung der Projekte erfolgte methodisch auf diese Erkenntnisziele hin abgestimmt:

- Alle vier Projekte wurden schriftlich über die organisatorische Durchführung der wissenschaftlichen Begleitung informiert;
- Zu Projektbeginn wurden alle Kommunen gebeten, anhand einer Vorlage mit konkreten Fragestellungen eine Kurzbeschreibung zum aktuellen Projektvorhaben einzureichen (*Fragen waren: Wie sieht die aktuelle Projektplanung ganz konkret aus? Welche*

Maßnahmen sollen im Einzelnen praktisch umgesetzt werden? Inwiefern schließen die aktuell geplanten Maßnahmen an ein Projekt an, das bereits in einer früheren Förderperiode umgesetzt bzw. begonnen wurde? Wie sieht die Kooperation der verschiedenen Akteure bei der aktuell geplanten Projektumsetzung aus? Wer übernimmt welche Rolle bei der konkreten Projektumsetzung?);

- Während des Projektverlaufs (etwa in der Mitte des Projektzeitraums/Sommer 2019) wurden sowohl die Coaches der Fachworkshops („Coaching Plus“) als auch die jeweiligen verantwortlichen Ansprechpartner*innen in den Kommunen mittels eines Fragebogens zum bisherigen Projektverlauf befragt;

- Ein weiterer Fragebogen wurde von den oben genannten Personen nach Ende des Förderzeitraums ausgefüllt;

- Auf dieser Basis wurde für jedes Projekt ein Kurzbericht erstellt, der für die Endfassung mit den Ansprechpartner*innen der betreffenden Kommunen in einer Feedback-Schleife rückbesprochen wurde.

2.2 Befragung in den Kommunen

Die erste Befragung in schriftlicher Form wurde in der Mitte des Projektzeitraums im Juli 2019 durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt hatte in drei Kommunen je ein Workshop stattgefunden. In einer Kommune hatten bereits vier Workshops (einer davon bereits im Vorfeld des Coaching Prozesses) stattgefunden, weil die Kommune die Notwendigkeit sah, den Prozess rasch und zielgerichtet in Gang zu bringen. Die zweite Befragung erfolgte nach Abschluss der Coaching Begleitung im Januar 2019. Nachfolgend werden die Ergebnisse aus beiden Befragungen zusammengefasst.

2.2.1 Perspektive der kommunalen Ansprechpartner

Die Coaching Workshops mit den am Projekt beteiligten Kooperationspartner*innen verliefen nach einigen Engpässen der zeitlichen Organisation in allen Kommunen ohne Probleme und wurden als effektiv beurteilt. Positiv erwähnt wurden konkret folgende Punkte:

- Alle Beteiligten am Coaching zeigten sich hoch motiviert. Die ergebnisoffene Herangehensweise an die Thematik, die verschiedenen fachlichen Blickwinkel sowie ein hohes Maß an Vertrautheit zwischen den Kooperationspartner*innen erwies sich als sehr förderlich für einen kreativen und offenen Prozess, so dass Impulse für das weitere Vorgehen gesetzt werden konnten.

- Eine fachlich kompetente Arbeitsweise ermöglichte es, die Teilnehmenden gut in das Thema einzuarbeiten, rasch eine gemeinsame Arbeitsplattform herzustellen und anhand der Ergebnisse Arbeitsaufträge für 2019/20 zu erarbeiten.
- Auch dort, wo die Kommunikationskultur der Stammgruppe bereits sehr gut war, konnte noch einmal klar verdeutlicht werden, dass zwar bereits vieles zur Alkoholprävention getan wird, aber die Abstimmung noch verbessert werden muss. Bei diesen Klärungen war die Rolle des Coaches besonders wichtig.
- Im Workshop einer Kommune konnte die Herausforderung einer Kooperation von zwei wichtigen, aber bislang nicht zusammenarbeitenden Akteuren (Jugendhaus und Drogenberatung) gut bearbeitet werden. Es gelang, sich auf eine in weiten Teilen gemeinsame Problembeschreibung und dann auf einen Fahrplan verständigen.

Punktuelle Schwierigkeiten, die sich rund um die Workshops ergaben, bezogen sich einerseits auf das generelle Problem, alle notwendigen Akteure motiviert mit ins Boot zu bekommen. Zudem zeigte sich auch, dass (der Verkauf von) Alkohol immer noch eine starke Lobby hat und das Thema Alkoholprävention dadurch stellenweise nicht leicht umsetzbar ist. Einer der Ansprechpartner bemerkt hierzu folgendes:

„Die Notwendigkeit der kommunalen Alkoholprävention muss noch mehr in den Köpfen von Verwaltung, Vereinen etc. verankert werden. Das ist auch das Ziel der zukünftigen Maßnahmen... Viele Akteure, die eigentlich am Leitfaden mitarbeiten sollten, sind von ihrem Selbstverständnis dazu noch nicht bereit. Es mussten innerhalb der sich aufeinander aufbauenden Sitzungen immer wieder neue Akteure integriert werden. Zum Start jeder Sitzung wurde immer wieder ein intensiver Rückblick gegeben und es wurde der jeweilige Status Quo formuliert. Es gab immer wieder Abfragen an die Akteure bezüglich: „Fühlen Sie sich im Prozess mitgenommen“, „was läuft im Projekt gut/schlecht“, „gibt es no goes“, etc.“

Die Ansprechpartner*innen wurden danach gefragt, inwiefern sie feststellen konnten, dass ihre Kommune beim aktuellen Vorhaben auf den Erfahrungen aus einer vorherigen Förderphase bzw. STARHILFE aufbauen konnte (Stichwort „Nachhaltigkeitseffekte“). Wie die Antworten zeigen, wurden hier durchaus positive Effekte gesehen, auf denen man nun aufbauen konnte. Vor allem agieren die Arbeitskreise, die durch eine vorherige Förderphase aufgebaut worden waren, immer noch tragfähig und stellen so für das aktuelle Vorhaben eine solide Basis dar. Dadurch kann inzwischen auf einem sehr hohen Niveau und mit guter Vernetzung aller relevanten Beteiligten effektiv weitergearbeitet werden.

Die Moderation durch die Coaches wurde positiv eingeschätzt. Dazu trugen vor allem folgende Faktoren bei:

- Der Prozess wurde mit dem Ansprechpartner der Kommune im Vorhinein gut abgestimmt.
- Der Coach orientierte sich an den Bedürfnissen der Kommune und versuchte, ein für den Tag umsetzbares Ziel anzustreben.

- Die Moderation erfolgte offen, auf Augenhöhe und mit einer Haltung der Neutralität.
- Durch die externe Begleitung und Moderation war es möglich, sich voll und ganz auf den Ergebnisprozess zu konzentrieren.
- Durch die professionelle Erfahrung konnten die Coaches wichtige Erfahrungswerte einbringen und den Teilnehmenden einen Blick von außen auf ihre Ideen ermöglichen.

2.2.2 Perspektive der Coaches in den Kommunen

Aus Sicht der Coaches gestaltete sich der Organisationsprozess mit den Ansprechpartner*innen in der Kommune überall problemlos, sieht man von punktuellen Schwierigkeiten der zeitlichen Koordination auf beiden Seiten einmal ab.

Als wichtige Anliegen für die Moderation wurden an die Coaches vor allem folgende herangetragen:

- Eine gemeinsame Haltung zusammen mit den neu hinzugekommenen Akteuren zu entwickeln;
- Die Absprachen zwischen den Kooperationspartner*innen zu verbessern;
- Die Zielsetzung zu erneuern;
- Das Wissen zum Thema aufzufrischen;
- konkrete Ideen zu entwickeln, wie das neue Konzept in die Öffentlichkeit und an die unterschiedlichsten Ansprechpartner transportiert werden kann;
- Darin zu unterstützen, das Vorhaben möglichst erfolgreich zum Ziel zu bringen.

In einer Kommune war die Planung bereits vorangeschritten bzw. Projekte waren schon durchgeführt worden. Hier war es das Ziel, diese ausführlich auszuwerten und gemeinsam zu entscheiden, wie erfolgreiche Projekt(teile) in eine nachhaltige Finanzierung überführt werden können.

Als besonders hilfreich erwies es sich in einer Kommune, mit systemischen bzw. lösungsorientierten Methoden zu arbeiten. Dazu sollten die Teilnehmenden einen (idealen) Projektverlauf erstellen und formulieren, woran sie am Schluss des Projekts festmachen würden, dass das Projekt gut gelaufen ist.

Als eher schwierig wurde in einer Kommune die Zielerfüllung einer nachhaltigen Finanzierung erachtet, da Strukturen aus Vorprojekten zwar bestehen, aber es nicht einfach ist, an die erforderlichen Finanzierungsträger heran zu kommen. Dazu waren aus der Sicht des betreffenden Coaches weitere Workshops nötig, um hier zu Ideen zu kommen. Ebenso

erwies es sich mitunter als sperrig, wenn wichtige Teilnehmer fehlten. Diese mussten dann über Dritte über den Prozess informiert werden, damit Arbeitsaufträge verteilt werden konnten.

Ein Problem kann es auch sein, wenn ein wichtiger Kooperationspartner erst im bereits laufenden Prozess hinzukommt und dem Projekt kein hohes Gewicht beimisst. Wenn so etwas sich abzeichnet, macht es Sinn, diesen Partner noch vor oder gleich beim Auftakt des Prozesses direkt dazu anzusprechen, um idealerweise doch eine Kooperationsbereitschaft zu erreichen.

Problematisch kann es auch dann werden, wenn Akteure sich im Laufe des Prozesses zurückziehen, insbesondere solche, die auf politischer Ebene ein recht hohes Gewicht haben und/oder solche, die für die Projektmaßnahme zusätzliche oder nachhaltige Mittel hätten bereitstellen können.

Aus Sicht der Coaches war in den Kommunen größtenteils bereits viel Kompetenz in Hinblick auf das Thema vorhanden. Besonders machte sich dies an teilweise nun recht lange schon bestehenden und oftmals auch gut funktionierenden Kooperationsnetzwerken fest.

Im Fazit zeigt sich, dass gezieltes Coaching von außen positive Effekte erzielt, gerade auch dort, wo bereits früher – wie in den hier beteiligten Kommunen – gute Erfahrungen mit externer Moderation gemacht wurden. Die Moderation von außen wurde als hilfreich und wichtig empfunden, weil sie den Umgang mit Schwierigkeiten erleichterte, den/die Koordinator*in aus dem Spannungsfeld nahm und dabei half, Parallelstrukturen zu verhindern. Gleichzeitig wurde jedoch auch überall deutlich, dass das Anstoßen neuer Prozesse und vor allem das Aufrechterhalten des bisher Erreichten fast überall ein Kraftakt bleibt, den insbesondere einzelne, hochmotivierte Akteur*innen immer wieder leisten müssen.

2.3 Projektentwicklungen in den beteiligten Kommunen

2.3.1 Mannheim: Projekt RisiK.O. 2.0

Der Drogenverein Mannheim e.V. hatte im Förderzeitraum 2015/2016 das Projekt RisiK.O. durchgeführt. Darin waren u.a. Projektziele wie eine Erhebung der Lage vor Ort sowie Sensibilisierung zum risikoarmen Konsum verankert. Dadurch war ein Methoden-Know-How geschaffen worden (Apps, Fragebogen etc.), das in der aktuellen Förderphase durch Streetwork wieder zum Einsatz kam.

In der ersten Projektphase (Januar 2019 bis April 2019) war die für das Projekt zuständige Mitarbeiterin jeden Freitag von 18- bis 21 Uhr im offenen Bereich des Jugendhauses im

Stadtteil Vogelstang tätig. Über die Mitarbeit im offenen Bereich wurde zuerst die Beziehung zu den Besucher*innen des Jugendhauses aufgebaut. Dabei wurden viele Einzel- und Gruppengespräche geführt und Fragebögen ausgeteilt, um hiermit die Probleme und den Suchtmittelkonsum der Jugendlichen zu eruieren. Im weiteren Verlauf der ersten Projektphase wurden psychoedukative Angebote zum Thema Suchtmittelkonsum für die Besucher*innen gemacht. Die gestärkte Beziehung zu der Mitarbeiterin sollte in der nachfolgenden Projektphase II als Sprungbrett für das Streetwork und die in Projektphase III geplanten Aktionsmonate dienen. Darüber hinaus nahm die Projektverantwortliche in der ersten Projektphase an Fortbildungen und an einem Kurs im Drogenverein Mannheim e.V. teil, um ihr Wissen im Bereich Suchtmittelkonsum und Prävention zu erweitern.

In der zweiten Projektphase (April bis Juli 2019) wurde die Anbindung an den offenen Bereich des Jugendhauses sukzessiv reduziert und stattdessen vermehrt Streetwork im Stadtteil gemacht. Hierbei dienten die nun bereits bekannten Jugendlichen als Multiplikatoren, um auch mit anderen Jugendlichen schneller ein Vertrauensverhältnis aufbauen zu können. In dieser Phase standen die Aufklärung zu den substanzbezogenen Risiken und die Sensibilisierung für einen risikoarmen Konsum erneut im Vordergrund. Über die Fortsetzung des Fragebogens sollten zusätzliche Bedarfe aus dem Blickwinkel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfasst und dokumentiert werden, um sie anschließend den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik zu übergeben. Der Fragebogen wurde dabei für die Phase des Streetwork neu aufgesetzt. Da in der Regel immer Peer-Gruppen angesprochen wurden, konnte nicht jede/r Jugendliche auf der Straße mit dem Fragebogen erreicht werden. Im Stadtteil wurden verschiedene Plätze aufgesucht: Vogelstang See, Zentrum, Jugendhaus Vogelstang, Wohnblöcke und der Schulhof einer Schule im Stadtteil.

In Anbindung an die erste und zweite Projektphase wurde zwischen Juli und Dezember 2019 in Zusammenarbeit aller Kooperationspartner*innen des Projekts Aktionsmonate im Jugendhaus Vogelstang für die Besucher*innen geplant und umgesetzt. Die Aktionen und Events in den wurden auf die zuvor erhobenen Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmt. So wurden u.a. zwei Rechtsanwälte und ein Ex-User für eine präventive Diskussionsrunde mit den Jugendlichen eingeladen. Darüber hinaus fand ein Filmabend statt, bei dem sowohl die jüngeren, als auch die älteren Jugendlichen einen Film zur Auswahl hatten. Nach dem Film fand eine Diskussion über die gewonnenen Eindrücke statt, welche fachlich mit den Sozialarbeitern reflektiert wurden. Ferner sollten während der Aktionsmonate auch die Beziehungen zu den Jugendlichen vertieft werden indem ein Grill- und Lagerfeuerabend sowie zwei Kochabende angeboten wurden. Zwar hatte sich die Peer-Gruppe, für die die Aktionsmonate primär explizit geplant worden war, in dieser Zeit zurückgezogen, aber eine jüngere Besucher*innen Gruppe profitierte von dem Angebot. Die eigentlichen Zielgruppen

aus den Projektphasen I und II konnten mit den Aktionsmonaten leider nicht alle erreicht werden. Mithilfe des letzten Kochabends konnte ein gemeinsames Fazit für das Projekt gezogen werden.

Im Dezember 2019 wurden die Projektergebnisse gemeinsam mit den Kooperationspartner*innen bei der Bezirksbeiratssitzung des Stadtteils Vogelstang vorgestellt. Dabei wurde auch explizit darauf hingewiesen, dass es im Stadtteil keine Freizeit- und Aufenthaltsmöglichkeiten mehr gibt, die die Jugendlichen jedoch dringend benötigen.

Das Projekt erwies sich insofern als erfolgreich, als eine Klärung der unterschiedlichen Sichtweisen von Jugendhilfe und Suchthilfe erzielt und damit ein besseres Verständnis für die Perspektiven des jeweils anderen Partners erzielt werden konnte. Aus dieser Kooperation entstand ein weiterer Projektantrag bei der Baden-Württemberg-Stiftung „Partizipative Suchtprävention“ mit einem anderen Jugendhaus in der Kommune entstanden. Ziel des Projektes ist es, aufbauend auf den Erfahrungen des Projektes RisiK.O. ein für alle Jugendhäuser nutzbares suchtpreventives Konzept zu entwerfen.

Die Ergebnisse des Projekts sollen in den Suchtpräventionsbericht der Stadt Mannheim e.V. mit einfließen, der die Grundlage für politische Entscheidungsprozesse in diesem Themenkontext bilden soll. Denn im Kontext des Projekts wurde aus Sicht der Durchführenden auch wieder deutlich, dass ein kommunales Gesamtkonzept immer auch Ressourcenfragen aufwirft, vor allem, wenn es darum geht, Nachhaltigkeit zu erzielen und Projekte von einer Projektfinanzierung in eine Regelfinanzierung zu überführen.

2.3.2 Pforzheim

Folgende kommunale Partner*innen kooperierten in diesem Projekt, das einen Anschluss an bereits in der vorhergehenden Förderperiode durchgeführte Maßnahmen darstellt und diese aktuell weiter ausgebaut hat: Plan B/ SJR Betriebs gGmbH Mobile Jugendarbeit/Streetwork, Jugend- und Suchthilfe, Amt für öffentliche Ordnung, Jugend- und Sozialamt (Jugendhilfeplanung, Jugendförderung, Soziale Dienste, Schulsozialarbeit), Polizei (Haus des Jugendrechts, Revier Nord/Süd/Dillweissenstein), beteiligte Vereine/ Veranstalter, Marktamt und Schausteller, Kommunales Kino, Schulen, Kommunales Netzwerk Sucht, Kulturamt, Netzwerk Sicheres Pforzheim.

Der Auftaktworkshop mit den Coaches fand unter Mitwirkung der Präventionspraktiker*innen im Mai 2019 statt und hatte die Auswertung und Bewertung des bisherigen Projektverlaufes zum Inhalt. Ferner wurden erste strategische Ideen und Schritte entwickelt, um auch in den Jahren nach Projektförderung Finanzsicherheit herzustellen und Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Am ersten Regelworkshop im November 2019 nahmen Vertreter*innen aus

dem Arbeitskreis „AKIP“ (Allparteiliches Konfliktmanagement in Pforzheim) teil. Die Ergebnisse des Auftaktworkshops wurden hier im Kreise kommunaler Dienststellen (Amt für öffentliche Ordnung, Jugend- und Sozialamt, Polizei, Suchthilfe, Jugendhilfe) weiter konkretisiert und Arbeitsaufträge für eine zukünftige Umsetzungsgrundlage der Alkoholprävention im öffentlichen Raum vergeben.

Das Projekt umfasste konkret zwei Großveranstaltungen (Fasching und Messe) über einen Zeitraum von zwei bzw. vier Monate sowie Event-Streetwork bei Einzelveranstaltungen.

Rund um den Fasching wurden vier Präventionsworkshops mit Schüler*innen der Klassenstufe 8 durchgeführt. Ein weiterer Schwerpunkt lag bei der Sensibilisierung von Veranstalter*innen und Gastronomie zum Thema Alkohol und Jugendschutz im Vorfeld sowie während der Veranstaltung. Zudem gab es einen Anlaufpunkt und Informationsstand während des Faschingsumzuges, begleitet von Streetworkpräsenz während des Umzuges. Die vorgesehenen Elterninformationstreffen konnten aufgrund der kurzfristigen Projektzusage von Seiten der Schule nicht mehr rechtzeitig koordiniert werden.

Beim Messepräventionsprojekt gab es sechs Aktionstage an beruflichen Schulen mit VAB-Klassen, zwei Filmveranstaltungen zur Thematik inkl. Vor- und Nachbereitung in den Klassen sowie Streetworkpräsenz an den Messewochenenden. Die Backstageführung auf der Messe für die Schüler*innen musste leider ausfallen, da während dieser Zeit Pfingstferien und die Schüler*innen nicht erreichbar waren.

Event-Streetwork wurde im kleinen Rahmen bei jugendrelevanten Veranstaltungen, z.B. Schlossparkopen, Kultur- und Stadtteilstreffen durchgeführt.

Eine Fachkonferenz zum Erfahrungsaustausch mit Fachkräften und Expert*innen fand im Dezember 2019 statt.

Erste Schritte eines kommunalen Gesamtkonzeptes waren aus Sicht der Projektverantwortlichen schon in der letzten Förderperiode durch die Gründung von „AKIP“ erfolgt. Das Netzwerk „Sicheres Pforzheim“ und der Kooperationsverbund von Sucht- und Jugendhilfe (Plan B und SJR Betriebs gGmbH) blicken zudem auf eine langjährige Tradition zurück. Durch die mehrjährige Projektförderung ist es gelungen, sich auf diesen verschiedenen Ebenen näher zu kommen, einen regelmäßigen Austausch zu installieren und sich im weiteren Vorgehen abzustimmen. Dadurch wurde es auch möglich, die Rolle von Mobiler Jugendarbeit/Streetwork als Experte für den öffentlichen Raum transparent zu machen und zu verankern. Insbesondere die Einbindung von „AKIP“ in den Coachingprozess führte dazu, dass die einzelnen Vertreter*innen aus den verschiedenen Bereichen einen neuen Blick auf die Gesamthematik werfen und konstruktive Ideen einbringen konnten. Als Ergebnis wurden konkrete Schritte und Strategien in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, kurz- und langfristige Finanzierung von Maßnahmen, Lobbyarbeit, Kooperationen und die Herausstellung des „Nutzens“ für die Kommune festgelegt. Basierend hierauf ist nun

vorgesehen, im städtischen Doppelhaushalt 2021/2022 entsprechende Mittel für Präventionsangebote einzustellen.

2.3.3 Schwäbisch Gmünd: „Jugend im öffentlichen Raum“

In der Kommune gibt es bereits eine gut gefestigte Struktur zum Thema Alkoholprävention, wie folgende Abbildung zeigt:

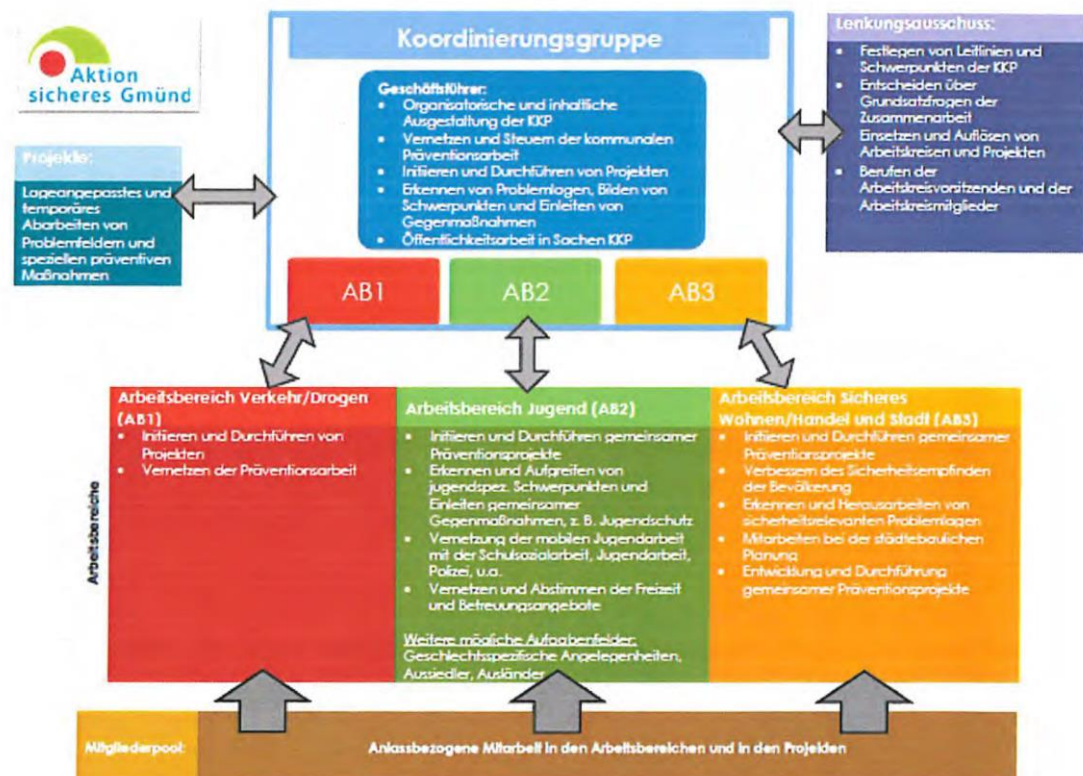


Abb.: Struktur der Kommunalen Gesamtprävention in Schwäbisch Gmünd

Für die aktuelle Förderperiode kooperierten die offene kommunale Jugendarbeit, Stadtteilkoordinator*innen, Verbände sowie der kommunale Ordnungsdienst. Die Hauptverantwortlichkeit lag bei der Mobilen Jugendarbeit, die mit einzelnen Partner*innen verschiedene Aktionen durchführte. Dabei war es wichtig, immer die Jugendlichen selbst in die Planung, Organisation und Durchführung einzubeziehen.

In der aktuellen Förderphase ging es zentral um die Informationsvermittlung zu riskantem Alkoholkonsum, da diese einen zentralen Schwerpunkt der kommunalen Prävention darstellt. In der Weiterführung von bereits zuvor geförderten und bestehenden Projekten standen das Aktivieren alternativer Freizeitgestaltung sowie der persönliche Kontakt mit Jugendlichen direkt vor Ort im öffentlichen Raum und bei Veranstaltungen im Fokus. Dazu wurde im

allgemein als Brennpunkt bekannten „Spitalhof“ Mitte 2018 eine Befragung von Jugendlichen durchgeführt, die dort ihre Freizeit verbringen und Alkohol konsumieren. Auf der Basis der Befragungsergebnisse kam man zu dem Schluss, dass es für eine Entschärfung der Situation vor allem wichtig ist, Begegnungen zwischen Jugendlichen und Anwohner*innen zu schaffen. Solche Begegnungstage wurden durchgeführt und sollen auch weiterhin stattfinden. In diesem Kontext wurde dort u.a. auch ein Grill-Event im Winter 2019 durchgeführt. Im Juli 2019 fand im Spitalhof die Aktion „Shake Hands“ statt, mit Musik, Spielen und Bewirtung.

Daneben gab es im Juni 2019 einen Aktionstag auf der Jugendmeile. Dort präsentierten sich Vereine, Verbände und Institutionen mit ihren Angeboten für Jugendliche. Zudem fanden dort Workshops statt zu Themen wie: „Wo und wie kann ich mich beteiligen?“ „Was kann ich tun um Veränderungen herbei zu führen?“

Im August 2019 fand ein Zeltwochenende statt, welches die Jugendlichen selbst organisiert hatten.

Als Fazit ziehen die Projektverantwortlichen eine positive Bilanz insofern, als die Begegnungstage im Spitalhof die dortige Situation entschärft haben und alle durchgeführten Aktionen von den Jugendlichen genutzt wurden. Die Aktionen trugen auch dazu bei, die Arbeit der Mobilen Jugendarbeit und der Offenen Jugendarbeit im Stadtleben sichtbarer zu machen. Darum sollen solche Angebote wie Begegnungen, Aktionstage, Beteiligungsforen und Freizeitangebote in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

2.3.4 Singen: Leitlinie Kommunale Alkoholpolitik

Die Kommune hatte in der vorherigen Förderperiode STARTHILFE in Anspruch genommen. Maßnahmen aus dieser Förderperiode laufen nach wie vor, wie z.B. B.free, Festkultur, Blaue Briefe, HALT, Testkäufe, Jugendschutzstreifen am Stadtfest und an Fasnacht sowie zahlreiche Projekte an Schulen. Diese bereits existierenden Projekte waren auch für die weitere Planung im aktuellen Zeitraum insofern relevant, als auf ihnen aufgebaut werden konnte. Ein gut aufgestelltes Netzwerk von relevanten Akteuren existierte bereits, so dass auf einem hohen Niveau begonnen bzw. weitergearbeitet werden konnte.

Der Koordinator (Stabsstelle Singener Kriminalprävention) verdeutlichte zunächst bei der Kommunalverwaltung die Notwendigkeit von weiteren verbindlichen Maßnahmen bezüglich der Prävention von riskantem Alkoholkonsum. Alle bereits aktiv beteiligten kommunalen Akteure waren sich darüber einig, wie wichtig die Einbindung politischer Verantwortungsträger für eine nachhaltige Fortentwicklung ist. Das Thema Festkultur sowie weitere Problematiken im öffentlichen Raum, wie z.B. Fasnacht, sollten nicht als „Schnellschuss“ mit einzelnen individuellen Maßnahmen aus einem „Notfallkoffer“

angegangen werden, sondern im Kontext einer verbindlichen Konzeptionsentwicklung neu gestaltet werden. Im Sicherheitsbeirat wurde das Konzept vorgestellt und der Gemeinderat wurde über die Initiative informiert, auf breiter Kooperationsebene eine Konzeption zu erarbeiten, die über die kommenden Jahre hinaus – unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen – Bestand hat.

Dazu wurde mit Planungen und Maßnahmen im September 2018 auf der Basis der Konzeptionsentwicklung „Alkoholpräventionsprogramm für die Stadt Singen“ (Arbeitstitel) begonnen und dies durch die Inanspruchnahme von drei „Coaching Plus“ Workshops bearbeitet. Die Konzeption orientierte sich u.a. an folgenden Fragen: „Wie geht die Kommune mit Alkohol im öffentlichen Raum um, speziell auf öffentlichen Plätzen und in Alkoholverbotzonen? Welche Standpunkte werden vereinbart hinsichtlich der Themen Festkultur, Fasnacht, Präventionsangebote an Schulen, Testkäufe, etc.?“

Dabei kooperierten folgende kommunale Akteure:

- Kriminalprävention Singen
- Schulsozialarbeit
- Abteilung Kinder und Jugend
- Abteilung. Grün und Gewässer
- Offene Jugendarbeit SÜDPOL
- Singen aktiv Standortmarketing
- Stadtplanung
- Handel
- Jugendtreff Teestube
- bw lv
- Seniorenbüro
- Polizei Referat Prävention
- Ordnungsamt
- Pers. Referent OB
- Referat Integration
- Mobile Jugendarbeit

In Kooperation aller Projektpartner*innen wurde ein neues Gesamtkonzept mit dem Titel: „Leitfaden für eine erfolgreiche Lokale Alkoholpolitik“ erstellt. Dieses Leitbild wird im Laufe des Jahres 2020 weiter etabliert. Eine erste Kampagne wird zur Fasnacht 2020 durchgeführt. Bei Bedarf sollen darüber hinaus weitere Workshops stattfinden, gleichzeitig aber schon erarbeitete Präventionsmaßnahmen initiiert werden (z.B. Entwicklung eines Mitmach-Parcours, Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen an Fasnacht, „Power Day“ an Schulen zum Thema Alkohol etc.).

Unter dem Stichwort Nachhaltigkeit werden immer wieder Projekte durchgeführt, die sich an den Inhalten des Leitbildes orientieren. So gibt es z.B. zu Fasnacht 2020 eine größere Kampagne (Plakataktion, Testkäufe, Elternbriefe, etc.), danach wird das Leitbild der Bevölkerung und den politischen Entscheidungsträger*innen vorgestellt. Das Leitbild wird jedes Jahr neu an aktuelle Tendenzen angepasst. Dazu trifft sich der AK STARHILFE/Prävention zu mehreren Sitzungen im Jahr.

3 Säule 2: STARHILFE

Wie auch schon in der vergangenen Förderperiode verfolgte STARHILFE auch dieses Mal das Ziel, Kommunen dabei zu unterstützen, die Probleme des Alkoholkonsums Jugendlicher und junger Erwachsener im öffentlichen Raum durch eine dauerhafte Vernetzung verschiedener lokaler Akteure anzugehen. Dazu sollte in und für die Kommune ein „Kommunales Gesamtkonzept“ (KGK) entwickelt werden, um ein abgestimmtes und transparentes Vorgehen aller relevanten Akteure im betreffenden Gemeinwesen/Kommune zu etablieren und dadurch Bedingungen zu schaffen, die darauf hinwirken, den riskanten Alkoholkonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im öffentlichen Raum zu reduzieren. Die Intention ist es dabei vor allem, belastende und problematische Folgen des Alkoholkonsums zu reduzieren, um den öffentlichen Raum zugänglich und attraktiv für alle Bevölkerungsgruppen zu machen bzw. zu erhalten. Dabei galt es auch dieses Mal wieder, die Vielfalt der Bedarfe und der unterschiedlichen Strukturen vor Ort in den beteiligten Kommunen in den Blick zu nehmen.

Die in der vorigen Förderphase herausgearbeiteten Leitfragen zur Begründung und Entwicklung eines Kommunalen Gesamtkonzepts stellten auch dieses Mal die Basis der STARHILFE Prozesse vor Ort in den Kommunen dar und werden darum an dieser Stelle noch einmal aufgeführt:

- **Warum braucht die betreffende Kommune ein KGK?**

Probleme sollen nicht als „Einzelfälle“ gelöst werden. Eine Lösungserarbeitung soll dauerhaft und nachhaltig in transparenten Strukturen und Zuständigkeiten verankert werden. Wenn die aktuell beteiligten Akteure ausgetauscht werden, soll das Konzept dennoch weiterhin Bestand haben und als Leitlinie für Aktionen und Interventionen dienen.

- **Welche Ziele und Vorhaben für den öffentlichen Raum sollen mit einem KGK erreicht werden?**

Problembeschreibung, Problemanalyse, Problemräume, aber auch Lösungsansätze:

Wie sieht die Situation aus, wenn die Probleme entschärft oder behoben sind?

- **Wer sind die wichtigen Akteure zur Erreichung der Ziele?**
Auf jeden Fall gehören hierzu Ordnungsamt, Stadtplanungsamt, Polizei, Jugendarbeit, Suchtprävention, Vereine, Festveranstalter, Einzelhandel, sonstige sachkundige Personen.
- **Wie werden die identifizierten Akteure konkret beteiligt?**
Wie werden die Verantwortlichkeiten verteilt? Arbeiten die Akteure in einem Netzwerk mit oder in einem (enger gefassten) Koordinierungskreis? Wie sieht die Beteiligungsform eines Koordinierungskreises der verschiedenen Bereiche / Personen aus?
- **Gibt es einen dauerhaften Koordinierungskreis oder wann und wie wird dieser aktiviert?**
Bei wem liegt die Federführung des Netzwerkes und des Koordinierungskreises? Wer beauftragt diesen Koordinierungskreis? Wie ist die Arbeits- und Entscheidungsstruktur aufgebaut und wie wird sie gesichert?
- **Welche Entscheidungsbefugnisse liegen bei dem Koordinierungskreis?**
Als Empfehlung soll gelten: Der Koordinierungskreis fungiert als Beratungsgremium für politische Entscheidungsträger (Gemeinderat) und sollte Entscheidungsvorschläge in die politischen Ausschüsse einbringen können.
- **Von wem wird ein Kommunales Gesamtkonzept verabschiedet bzw. autorisiert?**
Empfehlung: Gemeinderatsbeschluss zur Verankerung eines KGK

In der vergangenen Förderphase waren die STARHILFE-Prozesse in den beteiligten Kommunen wissenschaftlich begleitet worden mit dem Ziel, Parameter einer gelungenen Alkoholprävention im öffentlichen Raum herauszuarbeiten, die den Aufbau und die nachhaltige Etablierung tragfähiger kommunaler Netzwerke in besonderer Weise fördern und unterstützen. Auf diese Ergebnisse aus dem Endbericht von 2017 konnte in der jetzigen Förderphase zurückgegriffen werden. Die nachfolgend noch einmal zusammengefassten Parameter bildeten die Basis für eine effektive Moderation und Umsetzung der aktuell geförderten STARHILFE Prozesse in den sechs beteiligten Kommunen:

Prinzipielle Voraussetzung: Die Leitung von STARHILFE spielt eine entscheidende Rolle und hat eine wichtige Funktion für das Gelingen von STARHILFE im Gesamtprozess durch die Begleitung und Unterstützung der SH-Teams.

Gute Vorbereitung der Prozesse:

- Unterstützung von „ganz oben“;
- Person des Koordinators/ wichtige Rolle/ zentrale Schaltstelle;

- Vorgespräche zwischen Kommune, speziell Koordinator*in/Ansprechpartner*in und SH-Team.

Beginn des Prozesses in der Kommune:

- Alle relevanten Akteure sind beteiligt;
- Eine gründliche Analyse der kommunalen Situation wird erarbeitet;
- Gute Vorbereitung des Auftaktworkshops: klare Zielformulierung, Einführung der Leitfragen zum Kommunalen Gesamtkonzept durch SH-Team;
- Rollen und Verantwortung der Beteiligten klar festlegen (Kommunale Akteure-SH-Team);
- Beim Auftakt klarstellen, dass es primär um eine lösungsorientierte Perspektive und Vorgehensweise und nicht um Problemfokussierung geht.

Aufgaben und Rollen der SH-Teams und Moderation des Prozesses:

- Teams aus zwei fachlichen Ressorts (Expertise aus Repression (Polizei) sowie Prävention (Suchtprävention/sozialpädagogische Jugendarbeit));
- Hohe Fachlichkeit zur Anregung von Kooperationsbezügen;
- Eine gute Balance zwischen neutraler Moderation und fachlicher Begleitung herstellen;
- Moderationsstil: wie viel Steuerung, wie viel inhaltlicher Input?
- Solide Reflexion des eigenen Handels durch das SH-Team (persönlicher Stil, Umgang mit der Moderatorenrolle, etc.).

Zusammensetzung und Aufgaben der Akteure im Koordinierungskreis:

- Beteiligung aller für das Thema relevanten Akteure;
- Zusammenarbeit der Akteure fördern;
- Tragfähigen Koordinierungskreis bilden;
- Kontinuität des Koordinierungskreises herstellen;
- Nachhaltige Organisationsstrukturen schaffen;
- Künftige Verortung des Koordinierungskreises in der kommunalen Hierarchie absichern.

Erarbeitung eines für die Kommune passenden Kommunalen Gesamtkonzepts:

- Fragenkatalog zu den Umrissen eines Kommunalen Gesamtkonzepts (KGK) einbringen;
- Unterstützung durch das SH-Team bei der konkreten Formulierung eines für die Kommune „maßgeschneiderten“ Kommunalen Gesamtkonzepts;
- Herstellung eines kommunal bzw. regional passgenauen Zuschnitts des KGK.

3.1 Konkrete Umsetzung von STARHILFE

Für den Zeitraum der Förderperiode konnten sich Kommunen um Unterstützung in Form eines „STARHILFE-Pakets“ bewerben, die bisher noch keine STARHILFE Förderung erhalten hatten. Die geförderten Kommunen mussten die Bereitschaft zu einer Zielvereinbarung zeigen und eine Präventionsmaßnahme nach Maßgaben der Evaluation des vorherigen Förderprogramms umsetzen. Gefördert werden konnten laut Ausschreibung maximal 7 Standorte.

Das „**STARHILFE- Paket**“ beinhaltete folgende Elemente:

- Die **zentrale Koordinierungsstelle**, die sich bereits in der vorigen Förderphase bewährt hatte, übernahm die Beratung und Abwicklung der Projektanträge, die Vermittlung und Koordination der STARHILFE-Teams, die Dokumentation, das Monitoring der Projektstandorte, Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und die Abwicklung der Fördergelder für die STARHILFE Teams sowie für die Projektstandorte.
- Unterstützung vor Ort in den Kommunen erfolgte mittels Moderation des Prozesses durch ein „**STARHILFE-Team**“, in dem die Expertise aus Repression (Polizei) und Prävention (Suchtprävention und sozialpädagogische Jugendarbeit) mit je einer Person vertreten war. Jede Kommune musste eine/n **Koordinator*in** aus den eigenen Reihen für die Federführung des Prozesses benennen.
- In den beteiligten Kommunen fand vor Beginn des STARHILFE Prozesses ein **Vorgespräch** mit dem/der jeweiligen kommunalen Koordinator*in und gegebenenfalls weiteren wichtigen Akteuren statt, um das weitere Vorgehen zu planen und offene Fragen zu klären.
- Nachfolgend fand in den Kommunen ein extern moderierter, ganztägiger **Gründungs-Workshop** mit allen relevanten Akteuren statt, und zwar mit folgenden Inhalten:
 - Bekanntmachung der Prozessbausteine „kommunale Gesamtstrategie“ – von der Bedarfserhebung zur Umsetzung einer Maßnahme;
 - Vorstellung der unterschiedlichen Akteure im Netzwerk und deren Zuständigkeiten;
 - Bildung eines verbindlichen Koordinierungskreises für den STARHILFE Prozess, mit personeller Kontinuität für die Projektlaufzeit.

Die Arbeitsergebnisse des Koordinierungskreises vor Ort wurden fachlich begleitet und moderiert, u.a. zur Sicherstellung der weiteren Federführung des Koordinierungskreises. Zudem gab es Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit sowie bei der Umsetzung der geplanten Maßnahme.

Beworben haben sich die folgenden 6 Kommunen bzw. Gemeindeverbände, die eine Förderung für STARTHILFE erhielten:

- Geislingen a. d. Steige
- Stadt Heidelberg
- Neckarsulm/ Bad Friedrichshall (Landkreis Heilbronn)
- Rottweil
- Staufen
- Weissach

3.2 Methodische Vorgehensweise der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation

Wie schon bei der wissenschaftlichen Begleitung in der vorhergehenden Förderphase ging es auch diesmal nicht per se um die Abbildung der individuellen Prozesse in den einzelnen Kommunen⁴. Vielmehr lag der Fokus auf einer kommunenübergreifenden Metaanalyse. Dabei sollte nun zusätzlich der Blick auf mögliche Unterschiede zu den Prozessen und Maßnahmen der vorherigen Förderphase gerichtet werden, um möglicherweise zusätzliche, neue und wichtige Erfahrungen herauszuarbeiten und damit die Best-Practice-Handreichung ergänzen zu können. Den einzelnen Kommunen wurde Anonymität in Hinblick auf die Datennutzung und Datenauswertung der Erhebungen durch das Wissenschaftsteam zugesichert.

Um eine möglichst breite Basis von Erfahrungen mit STARTHILFE für die Evaluation zu ermöglichen, wurde die wissenschaftliche Begleitung methodisch triangulierend durchgeführt. Dazu wurden Daten und Informationen aus unterschiedlichen Perspektiven erhoben, die in der Zusammenschau die Basis des Auswertungsprozesses bildeten. Dazu gehörten folgende methodische Schritte:

- Die wissenschaftliche Begleitung stand von Beginn an im Kontakt mit der Koordinatorin/Leitung von STARTHILFE, um einen Überblick über die konzeptionelle und organisatorische Herangehensweise sowie die konkrete Umsetzung der STARTHILFE Prozesse in den Kommunen zu erhalten und um Details der wissenschaftlichen Begleitung je nach Bedarf während des Prozesses mit der Koordinatorin abzusprechen.
- Die STARTHILFE-Teams sowie die Koordinator*innen in den Kommunen wurden zu Beginn der SH Prozesse von der wissenschaftlichen Begleitung schriftlich kontaktiert und über die inhaltlichen Ziele und das organisatorische Procedere der wissenschaftlichen Begleitung informiert.

⁴ Dies geschieht bereits durch die Dokumentationen, die die einzelnen Kommunen prozessbegleitend erstellen.

- Die wissenschaftliche Begleitung nahm an den Austauschtreffen zwischen STARHILFE Koordination/Leitung und den SH-Teams teil.
- Die wissenschaftliche Begleitung stand während der Prozesse in Kontakt sowohl mit den Koordinator*innen in den Kommunen wie auch mit den STARHILFE Teams und befragte diese einige Monaten nach dem Start sowie am Ende der Begleitung durch STARHILFE zu ihren Erfahrungen mit und der Bewertung der Moderation sowie konkret zum Umsetzungsprozess und den Effekten von STARHILFE in der jeweiligen Kommune.
- Die im Rahmen der Austauschtreffen mit den SH-Teams gewonnenen Informationen zu den Erfahrungen in den einzelnen Kommunen wurden protokolliert und für die Evaluation ausgewertet.
- Außerdem führte die wissenschaftliche Begleitung telefonische Gespräche mit Personen der STARHILFE Teams wie auch mit kommunalen Koordinator*innen, wenn noch zusätzliche Informationen benötigt wurden und um eventuell noch offene Fragen zu klären.

3.3 Befragung in den Kommunen

Zum ersten Befragungszeitpunkt im Juli 2019 hatten in den beteiligten Kommunen zwischen einem und drei Workshops stattgefunden. In einer Kommune konnte der Prozess erst später starten, da es Personalwechsel gab. Von dieser Kommune lagen in der ersten Befragungsrunde zum Verlauf von STARHILFE noch keine Ergebnisse vor. Eine abschließende Befragung in allen beteiligten Kommunen erfolgte im Dezember 2019.

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus beiden Befragungen zusammengefasst. Eine Kommune konnte den Umsetzungsprozess nicht innerhalb des Förderzeitraums abschließen, so dass von dieser Kommune nicht alle abschließenden Fragen beantwortet werden konnten.

3.3.1 Ergebnisse aus Sicht der Koordinator*innen in den Kommunen

Zunächst wurde danach gefragt, wie sich der Organisationsprozess für die Workshops zwischen den STARHILFE Referent*innen und den Akteur*innen in der Kommune gestaltete. In den meisten Fällen schien dies gut zu laufen, wozu vor allem folgende Faktoren beitrugen:

- Bereits vor der Bewerbung für STARTHILFE gab es eine Projektarbeitsgruppe zum relevanten Thema, in der ämterübergreifend kommunale Akteur*innen vertreten waren.
- Die Entscheidung für STARTHILFE erfolgte von „ganz oben“, vorzugsweise war der/die Oberbürgermeister*in mit einbezogen.
- Eine von Beginn an gute und zeitnahe Kommunikation zwischen den STARTHILFE Teams und den Ansprechpartner*innen in der Kommune.

Folgende Bedingungen erwiesen sich anfangs teilweise als schwierig:

- Für den Prozess wichtige kommunale Akteur*innen mussten erst ausführlich informiert und motiviert werden. Dieser Prozess erwies sich mitunter als schleppend und frustrierend.
- Die Terminfindung mit den Akteur*innen war mitunter nicht leicht. Hier kann es offenbar von Vorteil sein, sich im kommunalen Leitungsteam vorab zusammzusetzen, um Vorarbeit zu leisten bzw. Ideen für ein Kommunales Gesamtkonzept zu formulieren, welches dann im ganzen Plenum besprochen werden kann.
- Reibungsverluste konnten sich dann ergeben, wenn es sich um einen Landkreis handelte, der sich aus vielen Städten und Gemeinden zusammensetzt. Dies kann bedeuten, dass beteiligte Akteure teilweise kreisweit arbeiten, andere hingegen nur für die Kreisstadt zuständig sind, woraus sich ein sehr hoher Kommunikationsaufwand zu Beginn ergab sowie einiges mehr an Zeit benötigt wurde, um eine gemeinsame Zielrichtung zu finden und damit einer „Kreisstadt-Lastigkeit“ vorzubeugen.

Aus Sicht der Befragten wurden die Workshops positiv bewertet, wenn folgende Faktoren zutrafen:

- Es gab Raum für die unterschiedlichen Sichtweisen und Perspektiven;
- Das Thema Alkoholprävention wurde zum gemeinsamen Thema aller Beteiligten gemacht und nicht nur der (Mobilen) Jugendarbeit;
- Die Zusammenarbeit im „harten Kern“ des Koordinierungskreises funktionierte kontinuierlich gut. Dabei war es von Vorteil, wenn sowohl operative als auch strategisch orientierte Fachkräfte an einem Tisch saßen;
- Die Gruppenarbeiten wurden primär zum Arbeiten in Richtung Lösungen genutzt und nicht für weitere Problemanalysen;

- Es entwickelte sich eine effektive Vernetzung, wodurch sich die Kooperationspartner*innen gegenseitig kennenlernten, über die jeweiligen Angebote informiert wurden und sich damit Transparenz herstellen ließ;
- Eine starke Motivation bei allen Beteiligten, verbunden mit einem deutlichen Erwartungsdruck, was zu einer gelungenen Mischung aus Input und Beteiligung führte.

Schwierigkeiten kamen eher dann auf, wenn es zu wenig Input unter einer klaren Zielvorstellung gab, so dass lediglich über bereits eingebrachte Vorschläge diskutiert wurde, jedoch keine neuen gemeinsamen Ergebnisse und Ideen entstehen konnten. Problematisch war zudem, wenn sich die Bereitschaft zur Mitarbeit einiger eingebundener Personen als schwierig gestaltete, wenn wenig Zuverlässigkeit bei der Mitarbeit bestand und es zu Abweichungen gegenüber Absprachen kam oder zu wenig Rückmeldung und Kommunikation gab. Dies bedeutete für die aktiv Involvierten einen hohen Mehraufwand, um das Ganze zusammenzuhalten bzw. zum Laufen zu bekommen.

In einem Fall erachteten einige kommunale Akteure die Höhe der Projektförderung als zu gering, wodurch eine allgemeine Demotivierung entstand, nach dem Motto: Mit so wenigen Mitteln können wir hier nichts Vernünftiges auf die Beine stellen! Hier brauchte es eine entschiedene Klärung des Sachverhalts dahingehend, dass auch durch relativ „geringe“ Mittel viel bewirkt werden kann, insbesondere unter dem Aspekt der Vernetzung, die durch ein solches Projekt angeregt und nachhaltig umgesetzt werden kann. Generell erschwert eine allgemeine, vor allem aber zeitliche Ressourcenknappheit eine schnelle Projektplanung und dies vor allem dann, wenn gleichzeitig bei den Akteur*innen eine hohe Erwartung an rasche konkrete Schritte besteht.

Mitunter kann es für einige Akteur*innen zunächst schwierig sein, eine externe Begleitung durch das STARHILFE Team zu haben, da letzteres mit der speziellen Problematik in der Kommune nicht so vertraut ist wie die Akteur*innen selbst. In solchen Fällen ist es offenbar hilfreich, dass die Ausgangssituation so detailliert wie möglich dargelegt wird, damit das STARHILFE Team einen guten Einblick erhält und damit die Moderation von außen durch bessere Kenntnisse der Lage vor Ort eine bessere Akzeptanz erfährt.

Problematisch kann auch eine Zuständigkeitskollision von Akteur*innen sein, die durch den Koordinierungskreis erst konkret sichtbar wird und sich vor allem in (fehlenden) personellen Ressourcen und Fragen von Zuständigkeiten ausdrückt. Gerade hier kann der Prozess durch die STARHILFE Moderation jedoch positiv beeinflusst werden, wenn die Diskussion hierüber sensibel moderiert wird.

Die Moderation durch das STARHILFE Team wurde überwiegend als gut bis sehr gut bewertet und dies, obwohl es teils aufgrund der oben genannten Probleme und beidseitig knappen Zeitressourcen mitunter schwierig war, gemeinsame Termine zu finden. Besonders geschätzt wurden folgende Punkte:

- Die hohe Professionalität und fachliche Erfahrung der Referent*innen, die es den Beteiligten ermöglichte, adäquat auf die Probleme und Ziele in der jeweiligen Kommune einzugehen und richtungsweisende fachliche Inputs zu geben.
- Die Moderation in den Workshops, so dass die Verantwortlichen vor Ort nicht alles alleine vorbereiten und durchführen mussten.

An einigen wenigen Stellen wurden auch kritische Punkte genannt: So wurde von einer beteiligten Kommune die zu große Toleranz seitens der Moderation beklagt (fehlendes „Zurückbringen“ auf das relevante Thema des Workshops sowie eine nicht gut eingeforderte Zeitstrukturierung der Diskussionen). Als schwierig wurde es auch empfunden, wenn vor einem Workshop keine kurzfristige Abstimmung bezüglich wichtiger Inhalte und Themen stattfinden konnte, da der Prozess zwischen den Workshops stetigen Veränderungen unterlag. In jener Kommune, bei der es im Koordinierungskreis zu handfesten Konflikten mit Bezug auf die Zuständigkeiten kam, hätte man sich eine „härtere“ Moderation gewünscht. Etwas zu kurz kamen aus Sicht von einigen Beteiligten auch Best Practice Beispiele und Ideen aus vergangenen Projekten sowie konkrete Unterstützung bei der Maßnahmenfindung durch die Expertise der STARHILFE Teams.

Im Abschlussfragebogen wurden die Koordinator*innen der Kommunen mit zwei Skalierungsfragen um eine Bewertung der Prozesse gebeten⁵.

Eine Frage bezog sich konkret auf die Bewertung des STARHILFE Prozesses (*„Auf einer Skala von 0= nicht effektiv bis 10= sehr effektiv: Wie würden Sie den Gesamtverlauf des STARHILFE Prozesses in Ihrer Kommune vom Ergebnis her einschätzen?“*)

Die Antworten zeigen hier eine Varianz der Werte (2,7,8,9). Positive Bewertungen bezogen sich dabei auf das Anstoßen des Prozesses, um die Thematik in der Kommune sichtbar in den Fokus zu rücken, sowie die sich daraus an vielen Stellen ergebenden Kooperationen, auch in Bezug auf künftige Zusammenarbeit und Weiterentwicklungsideen. Unterstützung bei der Einhaltung verschiedener Formalitäten im Verlauf des Projektes (z.B. Konzepterstellung, Maßnahmenplan) wurde ebenfalls als hilfreich erlebt. Eine Kommune erwähnt als positiven Effekt, dass alle relevanten Akteure durch STARHILFE wieder neu vernetzt wurden und für eine kooperative und interdisziplinäre Ausrichtung und Fortentwicklung der vorhandenen Angebote zu gewinnen und zu motivieren gewesen waren.

⁵ Da eine Kommune wie oben erwähnt den Prozess nicht im Förderungszeitraum abschließen konnte, wurde diese Frage nicht beantwortet. Von einer Kommune wurde hier ebenfalls keine Bewertung abgegeben.

Für eine weitere Kommune war es ein wichtiger Effekt, dass hierarchische Unterschiede abgebaut werden und dadurch kurze Dienstwege entwickelt werden konnten (konkret: die Etablierung einer Suchtberatungsstelle vor Ort).

Wenig positiv fällt die Bewertung („2“) in einem Fall mit der Begründung aus, die Moderation habe teilweise gefehlt und es habe zu wenig fachliche Begleitung gegeben.

Eine zweite Skalierungsfrage bezog sich auf die Einschätzung der Nachhaltigkeit des Prozesses (*„Auf einer Skala von 0= nicht nachhaltig bis 10= sehr nachhaltig: Wie hoch würden Sie die Nachhaltigkeit des bisher Erreichten einschätzen?“*).

Die Kommentare zu dieser Frage zeigen hier eine Varianz der Werte (2,3,8,9) ⁶.

Zu diesem Punkt gab es noch folgende Zusatzfrage: *„Was braucht es aus Ihrer Sicht, damit die erreichten Ziele (Projektmaßnahme und Einbindung in ein Kommunales Gesamtkonzept) in Ihrer Kommune weiterhin konsequent verfolgt bzw. fortentwickelt werden können? (Bitte Stichworte zu maximal 5 Punkten).“*

Konkret werden dazu folgende Überlegungen genannt, die für eine Nachhaltigkeit des bisher erarbeiteten Prozesses wichtig wären:

- Eine hohe Motivation und viel Engagement, um an diesem Thema weiterhin konstruktiv zu arbeiten;
- Die Einsicht, dass es neue Methoden benötigt um das Thema weiter voranzubringen sowie konstruktive Reflexion und Nachjustieren der angestoßenen Projekte und Ideen;
- Personelle Ressourcen für die (weitere) Steuerung des Gesamtkonzepts;
- Gute Öffentlichkeitsarbeit und weiterhin das Bereitstellen von Ressourcen, um die Umsetzung und den weiteren Ausbau gewährleisten zu können;
- Die fortgesetzte Nutzung kurzer Dienstwege, um zukünftige Bedarfe und Problemlagen zu bearbeiten;
- Eine Evaluation der kommunalen Situation im regelmäßigen Zyklus.

3.3.2 Ergebnisse aus Sicht der STARTHILFE Referent*innen

Aus Sicht der Referent*innen gestaltete sich der für die Workshops nötige Organisationsprozess mit den Koordinator*innen und Akteuren in der Kommune überwiegend positiv. Dazu trug vor allem Folgendes bei:

- Eine solide Vorabklärung zu Zielen, Bedingungen und strukturellem Rahmen;

⁶ Da eine Kommune wie oben erwähnt den Prozess nicht im Förderungszeitraum abschließen konnte, wurde diese Frage nicht beantwortet. Von einer Kommune wurde hier ebenfalls keine Bewertung abgegeben.

- Die Vermeidung von Doppelstrukturen;
- Die Klärung von Arbeitsaufträgen und Vereinbarungen bezüglich der Zeitstruktur.

Von Vorteil erwies es sich, wenn im Vorfeld ein Leitungsteam in der Kommune zusammengestellt wurde, das alle beteiligten Institutionen repräsentierte. Die Rolle einer gut kooperierenden Stadtverwaltung war zudem immer ein wichtiges Kriterium, um den Prozess gut auf den Weg zu bringen und eventuell noch eher zögerliche, aber wichtige Akteure zu einer Beteiligung einzuladen. Dies mit einer Autorität „von ganz oben“ in der Stadtverwaltung und mit klarer Unterstützung der Sache zu tun, kann einen erheblichen Unterschied für das Gelingen des Prozesses machen.

Als besonders herausfordernd wurde die Lage von Seiten der Referenten erlebt, wenn es sich um sehr große Landkreise mit vielen Einzelkommunen handelt. Bis zu einem bestimmten Grad kann dabei eine gute Moderation eine Chance sein, die bisherigen Strukturen zu hinterfragen und Neues in Gang zu bringen.

Wenn es in den Workshops zu Schwierigkeiten kam, dann handelte es sich hierbei vor allem um Probleme, wie

- das Fehlen wichtiger Akteur*innen bei einem Termin, so dass diese sich dann im weiteren Prozess nicht genügend einbezogen fühlten;
- Schwierigkeiten den Gesamtprozess zu steuern wegen wechselnder Mitglieder der Koordinierungsrunde. Dies machte es mühsam, die neu hinzukommenden Akteur*innen ständig wieder über das bereits Erarbeitete zu informieren;
- eine Zurückhaltung von Seiten der Stadtverwaltung, so dass einige Akteur*innen dem Projekt bzw. dem Workshop keine große Bedeutung gaben.

Ganz individuelle, auf eine spezielle Kommune bezogene Einzelprobleme können ebenfalls eine Herausforderung für die STARHILFE Moderation darstellen. So kann z.B. die Dominanz einiger Akteur*innen in der internen kommunalen Struktur ein Problem darstellen, vor allem für die im Zuge des Projekts neu hinzukommenden Personen. Problemverschärfend kann es sein, wenn es den Arbeitskreis schon länger gibt, aber die bestehenden Arbeitskreisstrukturen sich als wenig zielführend erweisen. Die STARHILFE Referent*innen können dann zunächst das Gefühl bekommen, eher als „störend“ empfunden zu werden, da ihre Moderation im Kontext des Projekts an die bislang vorhandene Struktur rührt. Hier braucht es gute Reflexion und die Herstellung von Transparenz, um eine weiterführende Kooperation mit allen Beteiligten zu erreichen.

Die Referent*innen wurden auch danach gefragt, inwiefern ihre Vorerfahrungen mit STARHILFE ihnen bei der Moderation in den aktuellen Kommunen geholfen hatten bzw. welche neuen Erfahrungen und Erkenntnisse sie eventuell darüber hinaus gewinnen

konnten. Grundsätzlich wurden hier keine völlig neuen Erkenntnisse genannt, als vielmehr von einer Präzisierung der bisherigen Erfahrungen durch zwei strukturelle Herausforderungen gesprochen:

(1) So kann es zu unklaren Zuständigkeiten in der Klärung von Verantwortung führen, wenn sich die Kommune zu sehr zurückhält, weil die Hauptverantwortung nicht bei ihr, sondern beispielsweise bei einem freien Träger liegt.

(2) Wenn der Landkreis als Antragsteller und federführende Institution gegenüber einer größeren Zahl beteiligter Einzelkommunen nur eine beratende Rolle hat und auf deren Mitwirken zwingend angewiesen ist. Diese unterschiedlichen Ebenen zusammen zu bringen, ist hoch voraussetzungsvoll und erfordert z.B. eine offensive Unterstützung des Koordinators durch die entsprechende Amtsleitung.

Generell ist es sinnvoll, in der Moderation gleich zu Beginn wie auch im Verlauf immer wieder dezidiert den Doppelauftrag hervorzuheben, um allen beteiligten Akteur*innen deutlich zu machen, dass die Erarbeitung eines Kommunalen Gesamtkonzepts und einer Projektmaßnahme Hand in Hand gehen müssen.

Ebenso scheint es wichtig, an verschiedenen Stellen immer wieder die Aufgaben und Grenzen der Moderation klar zu verdeutlichen. So erlebten die Referent*innen ihre Vorerfahrungen mit STARHILFE grundsätzlich als sehr wertvoll. Die Vorgänge und Prozesse konnten aufgrund dieser Erfahrungswerte von Beginn an genauer interpretiert und konstruktiv aufgegriffen werden. Die Ambivalenz zwischen fachlicher Expertise und Moderation ging im Zweifelsfall immer zugunsten der Moderator*innenrolle aus.

In der abschließenden Befragung wurden die Referenten nach ihren Bewertungen der Prozesse in den einzelnen Kommunen gefragt (*„Auf einer Skala von 0= nicht effektiv bis 10= sehr effektiv: Wie würden Sie den Gesamtverlauf des Prozesses in der Kommune vom Ergebnis her einschätzen?“*).

Hier wurden die Prozesse mehrheitlich mit einem Wert zwischen 7 und 9 bewertet, zwei Bewertungen lagen jedoch auch nur bei 3 bzw. 4, in einem Fall nur bei 1.⁷ Diese unterschiedlichen Bewertungen der Prozesse in den einzelnen Kommunen erklären sich sicher teilweise aus den oben angedeuteten Hindernissen, die sich in einigen Kommunen im Prozessverlauf ergeben hatten und die nicht überall durch die Moderation gänzlich aufgelöst werden konnten.

Eine weitere Frage bezog sich darauf, was über die bereits erwähnten Rückmeldungen hinaus für einen gelingenden STARHILFE Prozess als besonders wichtig und nachhaltig erkannt wurde: *„Über die bisher schon bekannten Punkte für einen gelingenden*

⁷ Da die Referent*innen trotz ihrer Arbeit als Zweier-Teams um ihre jeweilige persönliche Einschätzung gebeten wurden, summiert sich die Zahl der Bewertungen insgesamt auf mehr als 6 (beteiligte Kommunen).

STARTHILFE Prozess hinaus: Tauchte diesmal darüber hinaus noch etwas auf, das Sie als besonders positiv/effektiv/nachhaltig einschätzen würden?“

Als zielführend wurde es hierbei eingeschätzt, wenn vorhandene Strukturen und Projekte in einer Kommune evaluiert werden und dann mit STARTHILFE-Bausteinen prozessbegleitend ein „Update“ erfahren. Außerdem – und wenig überraschend – wird ein Engagement von Ehrenamtlichen als positiv erachtet. Dieser Punkt wird aber genauer spezifiziert so wird die Einbeziehung von Ehrenamtlichen gerade dort als Chance für einen gelingenden Prozess gewertet, wo in einer Kommune die Interessenslagen von (offiziellen) kommunalen Akteuren sehr im Vordergrund stehen.

Gefragt wurden die Referent*innen danach, welche Voraussetzungen Kommunen benötigen, damit sie auch ohne externe Moderation von STARTHILFE einen guten Prozess in die Wege leiten könnten. Hier wurden folgende Einschätzungen gegeben:

- Eine exakte Zielbeschreibung sowie eine eindeutige Kommunikation über die Verwendung der Mittel sollten vorliegen oder erarbeitet werden.
- Eine Verantwortlichkeit für den Gesamtablauf mit Weisungsbefugnis sollte an strategisch geeigneter Stelle innerhalb der Kommune platziert werden;
- Eine zielorientierte Einbindung und Einladung unterschiedlicher, prozessrelevanter Institutionen/Personen ist wichtig, sowie
- Eine öffentlichkeitswirksame Begleitung des Prozesses.

Die Referent*innen wurden um ihre Einschätzung in Punkto Nachhaltigkeit der Projekte in den von ihnen begleiteten Kommunen gebeten (*„Gibt es etwas, was Sie in Punkto Nachhaltigkeit für besonders wichtig halten, das man den Kommunen an die Hand geben könnte? Was wären entscheidende Aspekte, damit das Ganze nicht „im Sand verläuft“?“*).

Hierzu wurden folgende Kriterien als zentral erwähnt:

- Die Nachhaltigkeit des Projekts muss von allen Beteiligten gewollt und beschlossen sein;
- Die Einbindung und Unterstützung durch die Kommune „von ganz oben“ muss sichergestellt sein, ebenso eine Identifikation mit dem angestrebten Ziel eines Kommunalen Gesamtkonzepts;
- Eine turnusmäßige Überprüfung und Fortschreibung des eingeleiteten Prozesses (Stichwort Qualitätsmanagement);
- Die öffentlichkeitswirksame Begleitung des Prozesses;
- Die zielorientierte Einbindung in oder Erweiterung von vorhanden Strukturen um Ressourcen sinnvoll zu nutzen.

4 Ausblick: Durchstarten auch ohne STARHILFE?

Die oben dargestellten Erfahrungen mit STARHILFE und Coaching Plus sowie die anschließend in Kapitel 5 zusammengefassten Best Practice Beispiele können für interessierte Kommunen als gute Basis für die Entwicklung effektiver Maßnahmen und Konzeptentwicklungen dienen. Dennoch erscheint es notwendig, an dieser Stelle noch einmal dezidiert darauf einzugehen, wie wichtig es ist, solche Maßnahmen nicht als alleiniges Ziel oder gar isoliert umzusetzen, sondern die gesamten kommunalen Netzwerkstrukturen miteinzubeziehen. Der Fokus sollte also dezidiert nicht auf Einzellösungen liegen, vielmehr sollten von Anbeginn an integrative, nachhaltige Gesamtkonzepte angestrebt werden.

Darum scheint es sinnvoll, an dieser Stelle zu überlegen, wie ein solcher Prozess für eine kommunale gut verankerte und fortzuentwickelnde Alkoholprävention auch ohne externe Begleitung durch Förderung von außen (wie z.B. durch STARHILFE oder Coaching Plus) gelingen kann.

Wie sich gezeigt hat, waren die Wege zu einem Kommunalen Gesamtkonzept auch mit externer Moderation recht unterschiedlich, führten zu unterschiedlich weit gediehenen (Zwischen)Ergebnissen und verliefen nicht immer reibungslos nach „Schema F“. Zu diesem Fazit kamen sowohl die STARHILFE Referent*innen und dies zeigt sich auch in den Feedbacks der beteiligten kommunalen Koordinator*innen. Dies bestätigt im Grunde den Ansatz, wonach eine spezifische Begleitung von Kommunen einem „nur“ leitfadenorientierten Handlungsschema oder Handbuch vorzuziehen ist.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse aus inzwischen mehreren Jahren kontinuierlicher Förderung, die sich in der Begleitung der Kommunen bewährt haben, können nun konkrete Anhaltspunkte und Schritte formuliert werden, wie ein solcher Prozess für eine Kommune im „Alleingang“ angegangen werden kann:

1. Als Ausgangsbasis ist eine hohe Motivation zur Bearbeitung des Themas erforderlich. Diese ergibt sich meist aufgrund einer spezifischen Problematik (oder eines hohen „Leidensdrucks“) rund um den Alkoholkonsum im öffentlichen kommunalen Raum, wofür sich mit den bisher verfügbaren Maßnahmen keine für alle befriedigende Lösung finden ließ oder ad hoc finden lässt.
2. Im nächsten Schritt müssen sich die verantwortlichen Akteure darüber verständigen, welche Institutionen und Gremien der Kommune zur Lösung beitragen können oder aufgrund ihres Auftrags müssen.

3. Die kommunale Leitung ist mit einzubeziehen. Sie stellt sich dezidiert hinter das Anliegen und verankert dies in einem entsprechenden Beschluss zur Bearbeitung der Thematik.
4. Wenn Bedarfe und Ressourcenlagen mit allen Beteiligten geklärt sind, sollte die Finanzierungsfrage beleuchtet werden – nicht umgekehrt. Weder darf die Finanzierungsfrage als „Totschlagargument“ die Initiative im Keim ersticken, noch dürfen die in Aussicht gestellten Finanzierungen zu knapp bemessen sein.
5. Es wird eine Steuerungsgruppe gebildet, die die bestehenden Netzwerkstrukturen überprüft und dementsprechend relevante Kooperationspartner*innen definiert. Dabei ist zu denken an: Ordnungsamt, Polizei, Jugendhilfe und Suchthilfe, Stadtplanung und Baudezernat, Einzelhandel und Gastronomie, Gesundheitsamt, Sportamt, Schulen und Gesamtelternbeirat, Sportvereine und Jugendverbände sowie ehrenamtlich engagierte Personen, wie z.B. Nachtwanderer und Peers.
6. Bei einem Initialtreffen aller beteiligten Akteur*innen ist die Frage zu klären, ob sich alle über das Ziel des Vorhabens (das von der Steuerungsgruppe vorformuliert sein sollte) verständigen können. Eine möglichst frühzeitige Klärung hinsichtlich der Ziele und Erwartungen ist besonders wichtig, damit mögliche Zielkonflikte offen kommuniziert und für eine weitere Zusammenarbeit konkret bearbeitet werden können.
7. Das Vorhaben sollte in ein bestehendes Netzwerk integriert oder entsprechend neue Strukturen eingebettet werden. Eine verantwortliche Steuerung des Prozesses wird festgelegt. Nachfolgend sollte die Ebene und die jeweilige Funktion der Kooperationspartner*innen definiert und die Art der Kooperation festgelegt werden (z.B. Arbeitskreis, Runder Tisch, etc.).
8. Nach dem Herstellen einer tragfähigen Kooperation und Vernetzung sollten konkrete, für die je spezielle kommunale Problemlage passgenaue Maßnahmen erarbeitet werden. Parallel dazu sollte an der Erstellung eines kommunalen Gesamtkonzepts gearbeitet werden. Dabei können Synergieeffekt zwischen konkreten Maßnahmen und einem Gesamtkonzept wirksam werden.
9. Ressourcen und Finanzierung von geplanten Maßnahmen müssen geklärt werden. Der Prozess wird in Arbeits- und Zeitplänen sowie verlässlichen Protokollen transparent gemacht. Dadurch wird sichergestellt, wer bis wann wofür zuständig ist.
10. Unter dem Stichwort Nachhaltigkeit ist es zentral, die personelle Kontinuität zu sichern sowie ein Procedere für die Ergebnissicherung, die Rückkoppelung in den jeweiligen Institutionen und ein Verfahren zur Zusammenarbeit in konkreten

Einzelfällen festzulegen. Gemeinsame Aktivitäten, wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung etc. unterstützen die Nachhaltigkeit und weitere Zusammenarbeit.⁸

5 Anhang: Best Practice Handreichung auf der Basis der Ergebnisse des Förderprogramms 2013 bis 2019

Das Ziel der wissenschaftlichen Begleitung in dieser wie auch in den vorhergegangenen Förderphasen war es, die konkreten Umsetzungsprozesse von kommunalen Projekten zu begleiten, die Projektverläufe zu dokumentieren und gemäß der Zielvorgaben des Förderprogramms auszuwerten.

Rückblickend auf nunmehr drei Förderphasen zeichnen sich klare Konturen für effektive Maßnahmen und Handlungsansätze ab, die sich als gute Handlungspraxis für die Prävention von riskantem Alkoholkonsum im öffentlichen Raum bewährt haben. Dies wurde auch deshalb möglich, weil durch die Förderungszeit über mehrere Jahre hinweg fundierte Konzepterprobungen und -auswertungen stattfinden konnten, die eine Modifizierung und Optimierung der Konzeptionen aus der ersten Fördertranche möglich machten. Diese erlauben nun auch Aussagen über nachhaltige kommunale Konzepte und Maßnahmen.

An dieser Stelle werden Beispiele für gute Handlungspraxis deshalb noch einmal zusammengefasst dargestellt, da sie interessierten Kommunen eine breite Palette von Möglichkeiten bieten, eine oder mehrere passgenaue Maßnahmen für ihre spezielle Situation zu initiieren und parallel dazu ein Kommunales Gesamtkonzept zu entwickeln.

An erster Stelle ist Kontinuität die zentrale Basis für die nachhaltige Bearbeitung der Präventionsthematik, die durch die Erarbeitung und Festschreibung eines Kommunalen Gesamtkonzepts gewährleistet werden kann.

➤ **Kontinuität von präventiven Maßnahmen ist eine zentrale Basis, damit Alkoholprävention als Thema in den Kommunen nicht mehr nur punktuell, kurzfristig oder bloß aus akuten Anlässen angegangen wird, sondern langfristig, nachhaltig und fest etabliert auf der kommunalen Agenda steht.**

⁸ vgl. Vortrag von Jürgen Treude (ehemaliger Leiter des Sozial- und Jugendamtes der Stadt Konstanz): „Mögliche Handlungsschritte zur Entwicklung einer kommunalen Konzeption „Junge Menschen im öffentlichen Raum“ - Checkliste.“

Dazu braucht es ein speziell für die Kommune passendes Kommunales Gesamtkonzept.

Innerhalb des breiten Spektrums der bisher erprobten Konzepte lassen sich viele Ansätze erkennen, die als Beispiele für eine gute Präventionspraxis dienen können. Sie stellen sozusagen einen „Werkzeugkasten“ von Best Practice Ansätzen dar, an dem sich Kommunen orientieren können, die auf der Suche nach effektiven Möglichkeiten und Lösungsstrategien sind. Mit diesem Werkzeugkasten können Risikominimierung und Deeskalation im Kontext von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum effektiv und auch lebensweltorientiert mit Bezug auf die Zielgruppe junger Menschen angegangen werden. Zudem finden sich in diesen Handlungsansätzen konkrete Hinweise für Strategien, die eine gute Balance zwischen Verhaltens- und Verhältnisprävention sowie zwischen jugendschutz- und ordnungsrechtlichen und stadtplanerischen Aspekten gewährleisten.

Folgende Konzeptbausteine aus unterschiedlichen Projektansätzen haben sich inzwischen gut bewährt:

1. Exploration der örtlichen Wochenend- und Eventszenen

Nicht immer besteht in der Kommune eine einheitliche Sicht auf bestimmte Probleme rund um den Alkoholkonsum im öffentlichen Raum. Vielmehr wird das Thema aus der Perspektive verschiedener Akteur*innen oftmals unterschiedlich wahrgenommen und eingeschätzt. Zudem gibt es „neuralgische“ Plätze und Szenen mit einem erhöhten Gefährdungsrisiko, die jedoch oftmals gar nicht ohne weiteres „sichtbar“ sind. Um hier zu verlässlichen Daten und empirisch fundierten Informationen zu kommen, braucht es eine Exploration der Ausgangslage in der jeweiligen Kommune.

➤ **Die Entwicklung von nachhaltiger Prävention, die die individuelle Situation der Kommune berücksichtigt, braucht eine aktuelle „Lagediagnostik“ durch gezielte Explorationen, wie z.B. Befragungen von Gruppen im öffentlichen Raum.**

Ohne die Exploration der individuellen kommunalen Situation sind Maßnahmenplanungen oft wenig sinnvoll oder kommen nur schwer in Gang, da der konkrete Handlungsbedarf unklar bleibt, solange keine konkreten Daten und Informationen vorliegen.

Eine Exploration bietet sich hierbei zum einen als „**Initialzündung**“ an, um das Thema Prävention von riskantem Alkoholkonsum in einer Kommune (wieder) zu einem zentralen Thema zu machen.

Explorationen bringen kommunale Prozesse in Gang durch

- **Information über das konkrete explorative Vorhaben in den kommunalen Gremien**
- **Anfragen zur Kooperation bei der Exploration an verschiedene kommunale Akteure**
- **Berichterstattung über die Explorationsergebnisse in der kommunalen Öffentlichkeit und in den Gremien.**

In jedem Fall bieten Explorationsergebnisse eine sinnvolle und konkrete Basis für Diskussionen in unterschiedlichen kommunalen Institutionen und Gremien sowie für die gemeinsame Erarbeitung von Handlungsstrategien und Lösungsansätzen.

Explorationen können mit **verschiedenen methodischen Ansätzen** durchgeführt werden, wobei die jeweilige Situation im Sozialraum methodisch berücksichtigt werden sollte. Dies können sein:

- **Fragebogenuntersuchungen durch Mobile Teams** – sie bieten sich an bei eher offenen Szenen an einschlägigen Plätzen oder besonders auffälligen Cliques junger Menschen, mit dem Ziel, vertiefte Informationen über Konsument*innen und Konsumkontexten zu gewinnen sowie für die Herstellung und Vertiefung persönlicher Kontakte.
- **Gruppeninterviews** – sie bieten einen guten explorativen Zugang bei eher kleineren und festen Cliquesstrukturen (z.B. im ländlichen Raum/ im Umfeld von Jugendclubs und Jugendhäusern, etc). Ziel ist es, Informationen zu Konsumkontexten, Wünschen und Vorstellungen der Jugendlichen zu gewinnen sowie die Jugendlichen an präventiven Aktivitäten zu beteiligen.

Erfahrungsgemäß bieten Explorationen gute Einstiegsmöglichkeiten, um mit Zielgruppen niederschwellig und thematisch fokussiert in Kontakt zu treten und zugleich junge Menschen und andere relevante Personen für das Thema zu sensibilisieren.

Als weitere Explorationsmöglichkeiten, insbesondere für schwer zugängliche, nicht „sichtbare“ oder sich verlagernde Risikoszenen bieten sich folgende an:

- **Multiplikator*innenbefragung über Schulen**
- **Erstellung von „Konsumlandkarten“ für bestimmte Stadtbezirke**

Explorationen in den Kommunen sollten sinnvollerweise nicht nur punktuell und einmalig sondern über einen bestimmten Zeitraum bzw. wiederholt erfolgen. Orte, Szenen und

Nutzerverhalten können sich nämlich gerade bei Jugendlichen und jungen Menschen auch rasch und oft verändern.

- **Szeneexplorationen sollten eine feste Größe in den Präventionsmaßnahmen der Kommune darstellen und je nach Bedarf (wiederholt) eingesetzt werden.**

Explorationen können damit als **Beitrag zu Sozialraumerkundungen** verstanden werden, mit denen Kommunen sich im Hinblick auf Prävention im öffentlichen Raum ein genaues Bild über die aktuell frequentierten Orte, Platznutzungsverhalten, Risikobrennpunkte, etc. machen und dies systematisch dokumentieren können. Sie sind damit auch ein **wesentlicher Bestandteil von Verhältnisprävention** und auf einer solchen Basis können von stadtplanerischer Seite und in der Kooperation mit lokalen Geschäften und Gastronomie entsprechende Konsequenzen und Maßnahmen anvisiert und umgesetzt werden. Die jeweiligen Ergebnisse solcher Explorationen sollten in regelmäßigen Abständen in die entsprechenden kommunalen Gremien eingebracht werden, um die durchaus unterschiedlichen Perspektiven der Akteure auf Szenen und Bedarfe gemeinsam für neue Zielrichtungen austarieren zu können.

- **Explorationen bieten einen idealen Ansatzpunkt, um die Kooperation mit anderen Akteur*innen zu befördern und Prävention in der Kommune nachhaltig zum Thema zu machen.**

2. Streetwork/ aufsuchende Arbeit/ Mobile Jugendarbeit:

In den meisten geförderten Projekten wurde Streetwork/aufsuchende Arbeit bzw. Mobile Jugendarbeit in der Kommune erfolgreich eingesetzt. Durch das Förderprogramm konnte damit ein bereits bewährtes, professionelles Handlungskonzept gezielt für das Thema Prävention modifiziert und umgesetzt werden. Das Konzept bietet besondere Vorteile:

- **Mit aufsuchender Arbeit können jugendliche Konsument*innen direkt vor Ort, an brennenden Szenepunkten und bei einschlägigen Events erreicht werden.**
- **Erstkontakte sowie auch kontinuierliche Kontakte werden dadurch überhaupt erst möglich.**

- **Die Kommunikation mit vielfach unbekanntem jungen Menschen in öffentlichen Szenen braucht solche niedrighwelligen Zugänge, die sich direkt auf die jugendlichen Lebenswelten beziehen und gut dort einfügen.**

Die seit vielen Jahren erprobten und bewährten Grundkonzepte von aufsuchender Arbeit/Street Work/Mobiler Jugendarbeit stellen prinzipiell eine gute und professionell fundierte Ausgangsbasis für die hier anvisierte Zielsetzung dar. Aufsuchende Jugendarbeit kann junge Menschen in verschiedenen Phasen des Erwachsenwerdens flankierend begleiten und ist Ansprechpartnerin für relevante Themen und Probleme in den Lebenswelten junger Menschen. Damit erzielen diese aufsuchenden Handlungskonzepte wertvolle Effekte der Präventionsarbeit für unterschiedlichste Bereiche im öffentlichen Raum. Gleichwohl können die Konzepte Mobile Jugendarbeit/ Streetwork nicht ohne Modifizierungen eins zu eins auf die neuen Herausforderungen im Kontext der Prävention von riskantem Alkoholkonsum im öffentlichen Raum übertragen werden, da diese Handlungsansätze zunächst einmal für die Arbeit mit Peer-Gruppen im Quartier konzipiert wurden.

Handlungskonzepte aufsuchender Arbeit müssen für den Einsatz in den Wochenend- und Eventszenen entsprechend modifiziert und angepasst werden, um für die Verhältnisse in (innerstädtischen) Wochenend- und Eventszenen kompatibel zu sein.

Solche Modifizierungen und Weiterentwicklungen von Ansätzen aufsuchender Arbeit für den Einsatz in (innerstädtischen) Wochenend- und Eventszenen können sich durchaus als Chance zur Optimierung der Handlungspraxis erweisen und nachhaltige Effekte erzielen. Gleichwohl braucht es hierzu wiederum Kontinuität, die über einmalige Einsätze oder sporadische Aktivitäten hinausgehen muss.

- **Aufsuchende/Mobile Jugendarbeit braucht Kontinuität, um gleichermaßen professionell etabliert und dennoch flexibel agieren zu können.**
- **Dazu braucht es einen stabilen Kern von professionellen Teams in der Kommune, die gleichzeitig „mobil“ genug sind, um in akuten und/ oder veränderten Situationen zielgenau neue Handlungsansätze konzipieren und umsetzen zu können.**

Da junge Menschen generell oft ein großes Bedürfnis nach Informationen zum Thema Alkohol und Risikovermeidung und -reduzierung beim Konsum an den Tag legen, bieten Ansätze der aufsuchenden Arbeit eine gute Möglichkeit, diesen Bedürfnissen niederschwellig und direkt in der Lebenswelt der Konsument*innen entgegenzukommen.

3. Peer-Konzepte und Insiderschulungen

Handlungsansätze, die die jungen Menschen selber zu Akteuren von Prävention machen, machen aus verschiedenen Gründen Sinn und haben sich während des Förderprogramms auch vielfach bewährt. So ist zum einen das Thema Alkoholkonsum bei Jugendlichen eng verbunden mit deren Interaktionen in Peergroups; der Alkoholkonsum stellt sich bei Jugendlichen als jugendkulturelles Gruppen-Phänomen dar. Insofern nehmen Jugendliche ihr Trinkverhalten im Alltag weniger individualisiert wahr, da sie vielmehr hochgradig sozial konsumieren. Auch Aushandlungsprozesse über adäquate Konsummuster finden in Gruppen stattfinden; Jugendliche werden in und mit ihren Peergroups zu „Könnern“ oder „Nichtkönnern“ im Umgang mit Alkohol. Genau hier setzen gute Peer-Konzepte an.

Peer Konzepte

- **anerkennen die zentrale Bedeutung der Peer-Gruppe**
- **nutzen die informellen Lernprozesse in den Peer-Gruppen**
- **ermutigen Jugendliche dazu Lernprozesse für andere Jugendliche zu initiieren.**

Damit setzen Peer-to-Peer-Aktivitäten mit angemessener pädagogischer Begleitung einen Rahmen, in dem partizipatorische Prozesse ablaufen können. Die beteiligten Jugendlichen werden in solchen Peerprojekten zu Expert*innen für ihre Lebenswelt, die im Rahmen des Konsums Verantwortung für sich und für Andere übernehmen.

Peer-Konzepte setzen an der Eigenverantwortung der jungen Menschen an und erreichen damit ein hohes Maß an Beteiligung und Aktivierung.

Peer-Konzepte werden jedoch nur dann gut angenommen und können nur dann positive Effekte erzielen, wenn sie nicht die Erwartung im Fokus haben, geschulte Peers sollten nun in ihren Gruppen aktiv auf den Konsum der anderen Gruppenmitglieder einwirken. Solche Ansätze sind zum Scheitern verurteilt, da sie der Dynamik jugendlicher Gruppenstrukturen und Aushandlungsprozesse grundsätzlich zuwiderlaufen. Jugendliche müssen (auch als Peers) als Expert*innen in eigener Sache angesprochen werden; eine bloß „passiv-

belehrende“ Schulung wirkt auf potentielle Teilnehmer*innen von Peer-Schulungen eher wenig attraktiv oder sogar abschreckend.

Besonders richtungsweisende und effektive Schwerpunkte, wie gute Peerarbeit konzipiert werden kann, zeigen sich dort, wo Prävention als Teil aktivierender Jugend(kultur)arbeit eingebunden bzw. von vorneherein gezielt als Beteiligungsprojekt konzipiert wird.

Jugendliche sollten als aktive und mitgestaltende Expert*innen in eigener Sache ernst genommen werden und gezielt dafür geschult und darauf vorbereitet werden, in ihren eigenen Lebenswelt- und Freizeitkontexten aktiv präventiv, risikominimierend und deeskalierend (mit) zu wirken.

4. Runde Tische/ Fachgespräche/Beteiligung der Öffentlichkeit

Öffentlichkeitsarbeit in jeder Form ist ein wichtiger Bestandteil, um nachhaltige Prävention in Kommunen zu verankern. Die im Förderprogramm beteiligten Projekte haben dazu ein breites Spektrum von Möglichkeiten aufgezeigt, um möglichst viele für das Thema relevante Akteure an einen Tisch zu bekommen, die eigene Kommune für das Thema (weiter) zu sensibilisieren und das Thema Prävention nachhaltig auf die kommunale Agenda zu bringen. So können ganz unterschiedliche Gruppierungen bei Fachgesprächen in einem Projektkontext an einen Tisch gebracht und gehört werden. Ebenso kann das Einbringen von Projektberichten und Projektergebnissen im Gemeinderat oder in öffentlichen Diskursen der Gemeinde ein wichtiger Schritt in Richtung der Verankerung nachhaltiger Prävention in der Kommune sein.

Unter dem Stichwort „Neue Festkultur“ wird das Thema Alkoholprävention schon geraume Zeit in vielen Kommunen aktiv angegangen und erweist sich dort als sinnvolle Strategie, um in der Kommune die Entwicklung eines nachhaltigen Gesamtkonzepts zur Prävention voranzubringen.

Projektvorhaben und Projektumsetzungen sollten immer auf breiter kommunaler Ebene kommuniziert und in alle relevanten Diskurse eingebracht und diskutiert werden.

Eine gute Kommunikationskultur ist nicht zuletzt auch deshalb sinnvoll und notwendig, weil deutlich werden muss, dass Probleme im Kontext von Alkoholkonsum nicht allein eine Sache von Verhaltensprävention sind, bei der vor allem oder ausschließlich das Verhalten der jugendlichen Zielgruppen im Fokus steht. Durch eine solche Erweiterung der Perspektive auf

lokale Szenen, den Sozialraum, auf relevante Akteur*innen etc. wird zudem eine Stigmatisierung von jungen Menschen verhindert und der Blick für nötige Maßnahmen der Verhältnisprävention geschärft.

5. Alternative Freizeitangebote

Vor allem in der ersten Fördertranche 2013/2014 wurden alternative Angebote in einiger Breite erprobt, in Form von Teenie Discos, Party Pass Veranstaltungen, Sportturnieren, etc. Als flankierende Maßnahmen und als erste Zugangsmöglichkeit zu sehr jungen oder sonst kaum bzw. schwer erreichbaren Jugendlichen können diese sinnvoll sein. Bei Jüngeren kann damit der Einstieg in den Konsum von Alkohol möglicherweise verzögert und die Risiken können bei Events punktuell reduziert werden. Für ältere Jugendliche sind solche Angebote i.d.R. wenig attraktiv und zeigen letztlich keine präventiven Effekte, es sei denn, die älteren Jugendlichen werden als (verantwortliche) Peers bei solchen Veranstaltungen für Jüngere aktiv beteiligt. Wirklich nachhaltige Effekte in präventiver Hinsicht lassen sich also mit einer reinen Abstinenzorientierung nicht erzielen, wohl aber mit partizipativen Ansätzen, in denen Jugendliche eine wichtige Stimme und auch Expertise zuerkannt wird. Im Hinblick auf Prävention ist jedoch generell zu bedenken, dass junge Menschen einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol erlernen müssen; daher macht es wenig Sinn, das Thema ganz auszublenden oder gar negativ zu präsentieren.

- **Alternative Freizeitangebote, die vor allem auf Abstinenzorientierung setzen, sind allenfalls für sehr junge Jugendliche zeitweilig attraktiv.**
- **Solche Angebote machen im Hinblick auf Prävention dann einen Sinn, wenn es sich um positive, ansprechende und für Jugendliche akzeptable Kommunikationsangebote zum Thema Alkoholkonsum handelt**
- **Partizipative Ansätze, die Jugendliche in ihrer Expertise anerkennen, sind erfahrungsgemäß aussichtsreich.**

Alternative Freizeitangebote, wie z.B. die Bereitstellung und Schaffung von Treffpunkten für Jugendliche im Sozialraum können für sich allein genommen immer nur als flankierende Maßnahme gesehen werden. Mit solchen Maßnahmen können dann beispielweise intensivere Kontakte zu Jugendlichen aufgebaut werden und/oder es lassen sich Konflikte mit Anwohnern im Sozialraum entschärfen. Als (Teil von) Maßnahmen zur Prävention von riskantem Jugendalkoholkonsum taugen solche Ansätze jedoch nur, wenn sie in einen breiteren kommunalen Kontext eingebunden sind und dort mit anderen, gezielt (alkoholpräventiven) Ideen und Konzepten verknüpft werden.

6. Zusätzliche Perspektiven für die (Weiter)Entwicklung guter Präventionspraxis

Inzwischen liegt ein breites Spektrum von guten Praxisansätzen vor, sozusagen ein „solide gefüllter Werkzeugkasten“, aber es bestehen weiterhin Herausforderungen an künftige Weiterentwicklungen und Optimierungen von Maßnahmen. Projekte und Maßnahmenkonzepte sollten als „work in progress“ verstanden werden und dementsprechend in den Kommunen auch immer wieder bilanziert werden. Künftig sollten dabei u.a. folgende Aspekte stärker berücksichtigt werden:

- **Mediennutzung/ mediale Vernetzung**, da gerade dieser Bereich eine zentral wichtige Rolle in den Lebenswelten junger Menschen und besonders auch in ihrem Freizeitbereich spielt. Dabei macht es jedoch wenig Sinn, diese Kanäle von Erwachsenen- und Präventionsseite aus direkt mit vorgefertigten Inhalten zu bespielen. Vielmehr sollten mediale Inhalte rund um das Thema Alkoholkonsum von Jugendlichen selber gestaltet werden, damit sie diese attraktiv genug finden, um sie in ihre Kommunikationskanäle aufzunehmen und zu rezitieren. Hierfür braucht es innovative Konzeptentwicklungen, die gemeinsam mit jungen Menschen in Projekten entwickelt werden könnten. Denn genau hier sind Jugendliche Expert*innen in eigener Sache und können sich für ihre eigenen Belange einsetzen und einbringen. Besonders für Peer/Multiplikatoren-Konzepte könnten sich damit innovative Möglichkeiten der Kommunikation eröffnen. Viele befragte Jugendliche wünschen sich mehr Information zum Thema Prävention, Unterstützung in riskanten Situationen, etc.; Angebote im Netz könnten hier sehr gute Zugänge ermöglichen. Hierzu gibt es inzwischen auch bereits gute Beispiele für eine Verknüpfung von Jugendkultur- und Medienarbeit mit dem Thema Prävention⁹. In solchen Kontexten können Jugendliche sich aktiv einbringen und selbst viel dazu beitragen, das Thema aus ihrer eigenen Perspektive zu bearbeiten und zu kommunizieren.
- **Junge Menschen mit Migrationshintergrund/ jugendliche Flüchtlinge** sind bislang beim Thema Prävention noch wenig berücksichtigt. Dies mag teilweise darin begründet sein, dass bei diesen Gruppen mögliche Risiken im Kontext von Alkoholkonsum (noch) nicht offen sichtbar sind oder sich anders manifestieren. Gerade für Jugendliche aus

⁹ So z.B. in einem Projekt zu kommunalem Konfliktmanagement, das vor einiger Zeit in Stuttgart Neugereut durchgeführt wurde. Dort drehten Jugendliche Videos zum Thema „Jugendliche-Konflikte-öffentlicher Raum“, die unter dem Titel „Wir können auch anders“, „Wir beißen nicht“, auf youtube eingestellt wurden (http://www.youtube.com/watch?v=CvQNY7D6_Q0).

Vgl.: „Kommunales Konfliktmanagement am Beispiel des öffentlichen Nahverkehrs“ (KKM). Im Auftrag der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, Endbericht Dr. Gabriele Stumpp, Dr. Dörthe Üstünsöz-Beurer, Universität Tübingen, April 2014

anderen Herkunftsmilieus kann der (Einstieg in den) Alkoholkonsum andere, auch verschärfte Risiken beinhalten – vor allem dann, wenn diese jungen Menschen selbst migriert sind und in ihrem Herkunftskontext möglicherweise wenig mit dem Konsum von Alkohol vertraut sind. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist hierbei vor allem auch die gendersensible Perspektive – sowohl Zuschreibungen an Weiblichkeit wie auch an Männlichkeit können sich auf ungute Weise mit Vorstellungen von und Praktiken des Alkoholkonsums verknüpfen. Konflikte im öffentlichen Raum können sich auch aufgrund von unterschiedlichen Vorstellungen und Werten zwischen konsumierenden und (aus religiös-ethischen Vorstellungen) nicht konsumierenden Cliques ergeben.¹⁰ Solche Barrieren der Sichtbarkeit und Erreichbarkeit von Jugendlichen mit Migrations-/Fluchthintergrund stellen die Kommunen zukünftig vor neue Herausforderungen im Kontext der Prävention von riskantem Alkoholkonsum. Folglich wäre es sinnvoll, diese Thematik aktiv und zeitnah aufzugreifen, ohne dabei kulturalisierend zu werden.

¹⁰ Dies zeigte z.B. in der ersten Förderperiode das Beispiel aus dem Umkreis Pforzheim, wo es bei Fasnetsumzügen zu solchen Konflikten kam.